Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15. Montag, den 19. Januar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kanzlerkrise?

Schwer getroffen hat sich Herr v. Bethmann-Hollweg durch das Kreuzfeuer des Reichstages, des Herrenhauses und des Dreiklassenparlaments zu seinem Herrn geflüchtet, bei dem nach den gegenwärtigen Machtverhältnissen im Reiche die Entscheidung über Sein und Nichtsein eines Kanzlers steht. Am Donnerstag vormittag war Konferenz in Potsdam, am Donnerstag nachmittag soll der Kanzler unmittelbar nach seiner Rede im Abgeordnetenhause plötzlich erkrankt sein, so daß er nur auf den Arm des Ministers v. Dallwitz gestützt das Haus verlassen konnte. So berichtet der „Deutsche Courier". Aber am Freitag vormittag hatte der Reichskanzler wieder eine Unterredung mit dem reichsländischen Statthalter, Grafen Wedel, so daß es mit der Krankheit doch wohl nicht gar zu schlimm sein kann.

Die Meldung von dem leidenden Zustand des Kanzlers wäre verständlich, wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, die die „Vossische Zeitung" am Freitag abend verbreitete. In sehr ernst zu nehmenden parlamentarischen Kreisen werde in ganz bestimmter Form erzählt,

daß der Reichskanzler sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht habe. Mit ihm würden der Staatssekretär von Jagow und der Unterstaatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amte aus dem Staatsdienste ausscheiden. Von anderer Seite wurde diese Meldung wieder dementiert.

Als kommender Reichskanzler wird der Staatssekretär der Marine v. Tirpitz, als Nachfolger v. Jagows im Auswärtigen Amte der Kolonialstaatssekretär Dr. Solf genannt. Auch Graf Wedel, der Statthalter von Elsaß-Lothringen, der am Freitag mittag von Wilhelm II. empfangen wurde, soll seinen Abschied genommen haben, und als sein Nachfolger wird Herr v. Bethmann-Hollweg genannt.

Der „Deutsche Courier", der von einer Kanzlerkrise nichts weiß, bringt über den Staatssekretär v. Jagow und den Unterstaatssekretär Zimmermann Nachrichten, die mit denen der „Voss. Ztg." übereinstimmen. Er fügt hinzu, daß das aufsehenerregende Buch „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg", das [illegible] bei den Alldeutschen so leidenschaftlichen [illegible] fand, unter erheblicher Mitwirkung des Staatssekretärs Dr. Solf entstanden und auf seine Anregung vom Londoner Vertreter des „Wolffschen Bureaus", Herrn Plehn herausgegeben sei. Die englandfreundliche Haltung Dr. Solfs sei bekannt und dürfte, nach dem nationalliberalen Blätte, vielleicht mit der Grund sein, der ihn als aussichtsvollsten Kandidaten für das Auswärtige Amt in den Vordergrund gestellt hat.

Ob die Schwierigkeiten, die ja tatsächlich vorhanden sind, bloß auf dem Gebiet der elsäßischen Frage liegen, oder ob sie sich auch mit Fragen der auswärtigen Politik komplizieren, steht dahin. Die Amtsmüdigkeit des Herrn v. Jagow soll nach dem „Deutschen Courier" auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der Staatssekretär bei seinen Verhandlungen mit England auf innere Schwierigkeiten gestoßen sei, auch soll die Frage der deutschen Militärmission in der Türkei Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten gegeben haben.

Das deutsche Volk hat nun in Ergebung abzuwarten, ob Herr v. Bethmann wirklich geht, und ob wirklich der für diesen Posten schon so oft genannte Herr v. Tirpitz zu seinem Nachfolger bestimmt ist. Als ein reiner Sieg des Reichstages könnte der Abschied des Reichskanzlers heute nicht mehr aufgefaßt werden: ein solcher Sieg wäre nur dann festzustellen gewesen, wenn der Kanzler unmittelbar nach dem Mißtrauensvotum zugleich mit dem Kriegsminister seinen Abschied genommen hätte. Indes verlautet von einer Verabschiedung des Herrn v. Falkenhayn nicht das mindeste. Auf der anderen Seite hat ja, wie bekannt, der liberale Teil der Mehrheit vom 4. Dezember krampfhafte Versuche gemacht, die Stellung des Reichskanzlers zu festigen. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn Herr v. Bethmann seinen Abschied nehmen müßte, fünf Tage nachdem Herr Bassermann ihn zum Range eines nationalliberalen Politikers erhoben hatte. Die Liberalen wären zum Abgange Bethmanns nicht zu beglückwünschen, eher könnte man ihnen das Beileid aussprechen, daß diese jüngste Hoffnung des Liberalismus eines so frühen Todes verblichen ist.

Herr v. Tirpitz hat sich in seinem Ressort, wie auch seine Gegner zugeben, als ein kluger und energischer Mann erwiesen, der genau weiß, was er will, und der in der Wahl seiner Mittel keinerlei Verlegenheit zeigt. Die Alldeutschen würden ihm ebensoviel Vertrauen entgegenbringen, wie Dr. Solf als Staatssekretär des Auswärtigen Mißtrauen: die neue Regierung würde somit nach außenhin ein doppeltes Gesicht zeigen. Daß Herr v. Tirpitz als Reichskanzler seinen Ressortfanatismus aufgeben könnte, ist nicht anzunehmen, und der entschiedene Gegner eines Flottenabkommens mit England, der er ist, würde er vermutlich auch bleiben. Seine Stellung zu den einzelnen Fragen der inneren Politik ist nicht bekannt, es ist nicht einmal bekannt, ob er überhaupt eine hat. Die Liberalen haben gewisse Sympathien für ihn — was freilich nichts beweist — und als unbedingter Mann der Rechten gilt er bisher nicht.

Die Richtigkeit der Angaben der „Vossischen Zeitung" über die kommenden Männer vorausgesetzt, würde das ein Bild voller Widersprüche in Beziehung auf die auswärtige Politik ergeben, was dem Weltfrieden nicht dienlich wäre. Dr. Solf, der auswärtige Minister, ein Freund Englands und der Rüstungseinschränkungen, der leitende Staatsmann aber, für den auch der Minister des Auswärtigen nur als Stellvertreter fungiert, ein Gegner jedes Abkommens mit England. Das bildete nicht nur eine Quelle innerer Konflikte in der Regierung, sondern müßte auch die äußere Politik des Reiches als unklar erscheinen lassen, als eine solche, auf die eine andere Macht keine Rechnungen aufbauen könnte. Eine solche Unbestimmtheit ist aber die gefährlichste Quelle von Konflikten. Nach der bisherigen Haltung des Reiches in der Frage der Verständigung mit England ist es aber immerhin möglich, daß die Angaben der „Vossischen Zeitung" richtig sind, denn Unklarheit und Schwanken war bisher schon das Kennzeichen der deutschen Auslandspolitik.

So oft als Herr v. Tirpitz als kommender Reichskanzler ist auch schon Herr v. Bethmann als Nachfolger des Grafen Wedel im Straßburger Statthalterpalais genannt worden. Das war freilich vor Zabern. Herr von Bethmann soll stets eine gewisse Sehnsucht nach Straßburg empfunden haben, und mancher Zug seiner Politik ist vielleicht daraus zu erklären. Heute wird Herr von Bethmann wissen, daß das Mißtrauen, das ihm der Reichstag ausgesprochen hat, ihm in Elsaß-Lothringen in der allerkonzentriertesten Form aufs neue entgegentreten würde. Hat doch selbst Herr Mandel im elsässischen Landtag erklärt, er habe bei den ersten Zabern-Interpellationen deshalb nicht das Wort ergriffen, weil er sonst dem Reichskanzler öffentlich in verschiedenen Punkten hätte widersprechen müssen. Mit dem Statthalter Grafen Wedel würden somit voraussichtlich auch Staatssekretär Zorn von Bulach, sowie die Unterstaatssekretäre ihren Abschied nehmen. Zugleich mit dem Reiche stände dann der derzeit empfindlichste Teil des Reiches, Elsaß-Lothringen, vor einer totalen Regierungskrise. Der starke Mann, nach dem sich die „Post" sehnt, der Mann, der einer schrecklichen Entladung fähig ist, vor der das Elsaß zittern soll, ist Herr von Bethmann allerdings auch nicht.

Mögen sich die Krisengerüchte nun bestätigen oder nicht, jedenfalls sind sie ein Zeichen dafür, daß die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Situation an allen Stellen empfunden wird. Freilich, wieviel Unhaltbares bleibt im preußisch-deutschen Reiche dennoch stehen, weil man nicht weiß, was man an seine Stelle setzen soll! Es ist eine Zeit der dauernden Krisen, die zu klaren Entscheidungen noch nicht reif ist. Eine neue Regierung wäre unter solchen Umständen kaum mehr als der neue Ausdruck einer alten Verlegenheit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Etat der Sozialpolitik.

Die Erörterungen der beiden letzten Tage waren gewissermaßen eine Einleitung zu der Sonnabend begonnenen Beratung des Etats des Innern. In der Tat deutete ja das Gesetz über die Sonntagsruhe den Mangel an sozialpolitischer Initiative und an sozialpolitischer Energie klar genug an, die sich in der ganzen Reichspolitik mehr und mehr ausbreiten. Die Debatte über den Etat des Herrn Delbrück wird diesen Eindruck noch verstärken, und es wird lebhafter Anstrengungen bedürfen, endlich wieder ein etwas stärkeres Tempo auf diesem Gebiete der Reichsgesetzgebung zu erzielen. Es ist gerade deshalb recht günstig, daß in der Generaldebatte, die heute ihren Anfang nahm, die sozialpolitische Erörterung von der wirtschaftspolitischen getrennt und vorweggenommen ist.

Als erster Redner sprach Genosse Robert Schmidt, und seine Darlegungen gaben ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen höchst unerfreulichen Situation. Seine Rede war eine strenge, aber auch in der geschlossenen und reichen Argumentation unwiderlegliche Schilderung des Elends, in dem sich jetzt die sozialpolitische Gesetzgebung, wie auch ihre Ausführung befindet, und sie war zugleich die Ausarbeitung eines großen und gebieterischen Arbeitsprogramms, das sich Parlament und Regierung vornehmen sollten. Gegenüber der Erlahmung sozialpolitischen Geistes und des sozialpolitischen Willens war diese Darstellung und diese Kritik eine wertvolle Tat positiver Leistung. Genosse Schmidt zeigte in der Tat, wie wenig geschehen ist in den letzten Jahren, er wies namentlich hin auf die Lage der Landarbeiter und einzelner wichtiger Kategorien des Industrieproletariats. Er nannte unter Anführung überzeugenden Materials die Bergarbeiter, die Binnenschiffer, die Bauarbeiter, führte auch das zögernde Verhalten der deutschen Reichsregierung in der Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen an, und reihte so zu einer geschlossenen Beweisführung die einzelnen trostlosen Tatsachen. Für die Stimmung oder besser gesagt für die mangelnde sozialpolitische Stimmung der Regierung war besonders interessant, die Hervorhebung der Tatsache, daß der Beirat für Arbeiterstatistik geradezu systematisch beiseite geschoben wird und nicht minder überzeugend die mangelnde Ausführung der gesetzlichen Bestimmung über den Heimarbeiterschutz. Dieser passiven Resistenz gegenüber der Sozialpolitik wirkt geradezu aufreizend die Rechtsprechung, die gleichfalls immer feindseliger einer wirksamen Sozialpolitik sich entgegenstellt.

Der fortschrittliche Redner, der dann das Wort nahm, Herr Doormann, mußte selbst die Berechtigung mancher Einwände zugeben, die unser Redner erhoben hatte, und er führte auch manche Probleme an, die einer Regelung dringend bedürfen. Allerdings entschloß er sich nicht zu dem strengen Urteil, das sich doch zwingend aus den Ausführungen des Genossen Robert Schmidt und aus den ganzen Tatsachen ergibt. Er bestritt sogar die Stagnation, die auf diesem Gebiete herrscht, wenn er auch zugeben mußte, daß freilich kein übereiltes Tempo in der Sozialpolitik festgestellt werden kann. Dem Vertrauensvotum, das Herr Dr. Doormann schließlich dem Staatssekretär des Innern aussprach, wird sich die Arbeiterklasse vollends nicht anschließen können.

Die Debatte wird am Montag fortgesetzt. Am Dienstag wird vermutlich die Interpellation über die Kriegsgerichtsurteile verhandelt werden.

Die Budgetkommission des Reichstages

setzte am Freitag ihre Beratungen über die Ausführung des Kaligesetzes fort. Im Mittelpunkt der ausgedehnten Verhandlungen stand der Antrag Erzberger, der dem Kalisyndikat die in früheren Jahren für Auslandspropaganda gemachte Mehrausgaben von 972 000 Mk. zurückerstattet wissen wollte. Herr Erzberger ist der Meinung, daß das Kalisyndikat eine sehr unglückliche Politik treibe und daß es kompletter Unsinn sei, wenn es versuche, die genannte Summe auf dem Klagewege vom Reichsfiskus zu erhalten. — Genosse Hoch wies auf die interessante Uebereinstimmung zwischen den Summen der Syndikatsforderung und des Erzbergerschen Antrages hin, unterstrich auch die Bereitwilligkeit der Regierung, dem Syndikat „eine runde Summe von etwa 900 000 Mark" zu zahlen, und legte gegen eine solche unbegründete Geschenkpolitik entschieden Verwahrung ein. Der Erzbergersche Antrag sehe ganz wie bestellte Arbeit aus und sei unlogisch, weil er von der irrigen Voraussetzung ausgehe, daß die Steigerung der Auslandspropaganda und die Erhöhung der hierfür zu bewilligenden Gelder eine Förderung von Arbeiterinteressen in Gestalt reichlicherer Arbeitsgelegenheit zur Folge habe. Eine ungleich solidere Basis für die Entwicklung der Kaliproduktion und damit für die an dauernde und lohnende Arbeit geknüpften Arbeiterinteressen biete der gesicherte Absatz im Inlande. — Bekräftigt wurde diese Argumentation durch den vom Genossen Sachse erbrachten Beweis, daß frühere Erhöhungen der Summen für Auslandspropaganda keine Mehreinstellung von Arbeitern, sondern im Gegenteil Entlassungen zur Folge hatten. — So sehr sich Herr Erzberger bemühte, wenigstens den Schein einer sachlichen Berechtigung seines Antrages zu retten, mußte er diesen schließlich zurückziehen, zugunsten eines Antrags Gothein, 900 000 Mark aus dem Reservefonds für künftige Auslandspropaganda dem Syndikat zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag gelangte zur Annahme.

Der Reservefonds in Höhe von 8 Millionen Mark ist bisher in die Reichskasse geflossen und unverzinst geblieben. In Uebereinstimmung mit dem Abg. Gothein rügte Genosse Sachse das Verhalten der Regierung, das ungesetzlich sei und forderte energisch Abhilfe, so sehr sich die Regierung mit dem Schatzsekretär an der Spitze dagegen sträubte. Die schließliche Annahme eines Antrages Gothein, den Reservefonds zinstragend anzulegen und die Zinserträgnisse in Einnahme zu stellen, wird der Fortdauer des gerügten Zustandes einen Riegel vorschieben.

Da die Regierung über die Verteilung der Kali-Propagandagelder, entgegen dem Gebrauche, in verflossenen Jahren keinen gedruckten Nachweis erbracht

vorhandenen Beständen unseres Museums entnehmen, die dort vielleicht magaziniert lagern. — Wenigstens von den drei Hauptmanieren der Chalkographie sollte es wohl angängig sein, diese zu Lehrzwecken auszustellen, nämlich:

1. dem Grabstichelkupferstich, oder der Linienmanier, Kartonstich, Kontur- oder Umrißstich; als Material hierzu: der Grabstichel und die Kupferplatte;
2. der Schabkunst, als Material das Schabeisen;
3. der Radierung und Aetzung, als Material die Radiernadeln und ein Aetzgrund, und vielleicht auch noch eine zum Aetzen präparierte Kupferplatte.

manieren ausgehenden jüngeren Techniken zeigen, wie z. B. die englische Punktierung (mit Punze), von der Linienmanier ausgehend; der Kreidezeichnungsstich oder die Krayonmanier, und die Aquatinta- und Listermanier (beruht auf der Aetzkunst), so wäre ein sehr lehrreiches Material zur Verfügung, und einem jeden nach Vervollkommnung in diesem Zweige der graphischen Kunst Strebenden die Möglichkeit einer gründlichen Studierung gegeben. Daß nicht zu vergessen wäre, klarzumachen, was die Bezeichnungen, wie avant-la-lettre und après-la-lettre, pinse, del usw., für eine Bedeutung als Signierung des

seum würde sich gewiß den Dank sehr vieler Kunstbeflissener erwerben, wenn es auch am hiesigen Orte, wie es bereits auswärts geschehen, z. B. Köln, eine solche Lehrausstellung einrichten würde. Der anerkennenswerten rührigen Tätigkeit des Herrn Direktors Dr. Schaefer wird es sicher gelingen, auch in einer solchen Weise die reichen Bestände des Kupferstichmuseums nutzbringend zu verwerten — — ars non habet osorem nisi ignorantem! Ein Kunstfreund.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

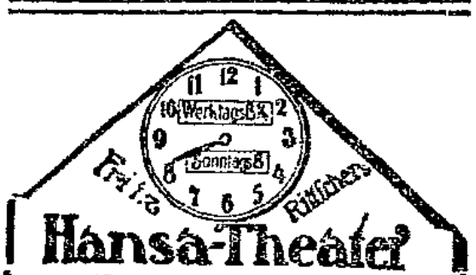
Neu-Lauerhof
Gr. Verschießen
von Hausstandsgegenständen
am Sonntag, d. 18. Januar
und Montag, d. 19. Januar
Anfang 10 Uhr morgens.
Karte 50 Pfg., wofür 3 Schüsse.
Morgen Sonntag:
Großes
Bockbierfest.
Hierzu ladet freundlichst ein
275) Aug. Busch.

Konzerthaus
Zauberflöte
Täglich
Gr. Bockbierfest
unter Leitung des
Oberbocks **Fritz**
und gefl. Mitwirkung des
ganzen
Damen-Trompeter-Korps
„Germania"
6 Damen, 4 Herren.
Für Stimmung, Jubel, Trubel ist auf das Beste gesorgt!
Kappen u. Lieder gratis.
Anfang 7½ Uhr.
Anfang Sonntag 4 Uhr.
383) Ludwig Kock.

362

Kaffeehaus Moisling.
Sonntag:
Großes Bockbierfest
Eintritt frei. Tanz frei.
Ausschank von ff. Vereinsbock.
293) H. Siemers.

Etablissement (372
Fledermaus.
Sonntag von 5—1 Uhr:
Konzert — Gesang
Urfidel
Neue Künstler.
Nachmittags von 5—7 Uhr.
Café-Konzert
bei freiem Entree.
(Ab 7 Uhr: 30 Pfg.)



Hansa-Theater
Künstlerische Leitung:
Dir. Fritz Hemberger.
Heute und folgende Tage
das mit beispiellosem Erfolg aufgenommene
Glanz-Programm.
Nur eine Stimme:
Chas. Cherber
der unübertreffliche Universalkünstler.
3 Herms
in einem Akrobatischem Elite-Akt.
Lilly Baretta
die famose Soubrette.
Brothers Derringtons
die phönomenalen Kunstradfahrer.
Ludwig Clermant
der brillante Humorist.
Geschwister Zanettis
mit ihrem staunenderregenden Luft-Akt.
Andres Gignac
der weltberühmte französische Burlesque Comedian.
Alfonso Geissler
das medizinische Rätsel und die original Ahmet Ergi-Truppe vereinten sich zu einem Sensations-Programm, wie es in Lübeck noch niemals geboten.
Das ist und bleibt die beste Reklame für Fritz Rittschers Hansa-Theater.
Anfang Wochentags 8¼ Uhr.
Sonntags 8 Uhr.
Vorverkauf für die Abendvorstellungen: rechte Seite b. Sager, Kohlmarkt, linke Seite b. Nagel, Am Markt. (353

Mekelbörger Plattdütscher Verein, Lübeck
Auf allgemeinen Wunsch
Wiederholung des Prof. Wossidloschen Volksstückes
Ein Winterabend in einem mecklenburgisch. Bauernhause
am Donnerstag, dem 22. Januar 1914
im „Kolosseum".
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anfang 8½ Uhr.
Eintrittspreise: Nummerierter Platz 1.50 Mk., 1. Platz 1.— Mk., 2. Platz 50 Pfg.; im Vorverkauf 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 40 Pfg.
Vorverkauf des nummerierten Platzes nur bei W. Stalbohm, Hüxstr. 26, des 1. und 2. Platzes in sämtlichen durch Plakate kenntlich gemachten Vorverkaufsstellen. (377
Hierzu ladet freundlichst ein
Der Vorstand
des „Mekelbörger Plattdütschen Vereins".
NB. Eintrittskarten für Mitglieder bei W. Stalbohm, Hüxstraße 26, zu den bekannten Preisen.

Tonhalle
Im Dunkel der Nacht
Das sensationellste Detektiv-Drama
was je gezeigt wurde. 3 Akte.
Geheimbund — Excentric-Klub — Klub der Nacht —
Geheimnisvolle Aufgaben usw.
Carmen. 2 Akte.
Stierkampf in Sevilla. 349

Lichtspiele — Bad Schwartau.
Ab Sonnabend, den 17. Januar:
Suzanne Grandais in
Liebesintriguen.
Dienstag, den 20. und Mittwoch, den 21. Januar: (375
Cleopatra, Die Herrin des Nils.
2 Vorführungen, nachmittags 4 Uhr u. abends 8¼ Uhr.

Bekanntmachung.
Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das
Restaurant Pferdestall,
Johannisstrasse 5,
übernommen habe, und wird es mein Bestreben sein, stets gutes Essen und Getränke zu zivilen Preisen zu führen.
Indem ich um recht regen Zuspruch bitte, zeichne
356 Hochachtungsvoll
Otto Engels.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Lübeck.
352
Einladung
zum
großen Maskenball
verbunden mit
humoristisch. Aufführungen
am Sonntag, dem 1. Februar 1914,
in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.
Lokalöffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Maskenzug 8 Uhr.
Demaskierung 11 Uhr. Ende 4 Uhr.
Eintrittspreis 60 Pfg. pro Person.
Schulpflichtige Kinder u. fremde Pierrots haben keinen Zutritt.
Masken-Garderoben sind im Lokal zu haben.
Ein Friseur ist im Gewerkschaftshaus anwesend.
Karten sind zu haben im Gewerkschaftshaus, bei Wulff, Gr. Burgstr. 21, und H. Lexau, Böttcherstrasse 18.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Das Komitee.

Neues Stadttheater
Sonnabend, den 17. Januar 1914:
104. V. i. Volk-Ab. Außer Sonnab.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Mignon.
Oper von A. Thomas.
Große Preise.
Sonntag, den 18. Januar 1914:
Nachm. 3 Uhr. Ende nach 5 Uhr.
Volksvorstellung.
Der Barbier von Sevilla.
Oper von Rossini.
Jeder Platz 75 Pfg.
Verlosung der Plätze am Sonnabend von 8—9 Uhr an der Theaterkasse.
Abends 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Gastspiel Rudolf Schildkraut:
Der Kaufmann von Venedig.
Komödie v. Shakespeare.
Shylock . . Rud. Schildkraut a. G.
Große Preise.
Montag, den 19. Januar 1914:
106. V. i. Volk-Ab. 18. V. i. Mont.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Martha.
Oper von F. v. Flotow.
Lyonel . . Benno Kretschmer a. G.
357) Große Preise.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15. Montag, den 19. Januar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Kanzlerkrise?

Schwer getroffen hat sich Herr v. Bethmann-Hollweg durch das Kreuzfeuer des Reichstages, des Herrenhauses und des Dreiklassenparlaments zu seinem Herrn geflüchtet, bei dem nach den gegenwärtigen Machtverhältnissen im Reiche die Entscheidung über Sein und Nichtsein eines Kanzlers steht. Am Donnerstag vormittag war Konferenz in Potsdam, am Donnerstag nachmittag soll der Kanzler unmittelbar nach seiner Rede im Abgeordnetenhause plötzlich erkrankt sein, so daß er nur auf den Arm des Ministers v. Dallwitz gestützt das Haus verlassen konnte. So berichtet der „Deutsche Courier". Aber am Freitag vormittag hatte der Reichskanzler wieder eine Unterredung mit dem reichsländischen Statthalter, Grafen Wedel, so daß es mit der Krankheit doch wohl nicht gar zu schlimm sein kann.

Die Meldung von dem leidenden Zustand des Kanzlers wäre verständlich, wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, die die „Vossische Zeitung" am Freitag abend verbreitete. In sehr ernst zu nehmenden parlamentarischen Kreisen werde in ganz bestimmter Form erzählt,

daß der Reichskanzler sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht habe. Mit ihm würden der Staatssekretär von Jagow und der Unterstaatssekretär Zimmermann vom Auswärtigen Amte aus dem Staatsdienste ausscheiden. Von anderer Seite wurde diese Meldung wieder dementiert.

Als kommender Reichskanzler wird der Staatssekretär der Marine v. Tirpitz, als Nachfolger v. Jagows im Auswärtigen Amte der Kolonialstaatssekretär Dr. Solf genannt. Auch Graf Wedel, der Statthalter von Elsaß-Lothringen, der am Freitag mittag von Wilhelm II. empfangen wurde, soll seinen Abschied genommen haben, und als sein Nachfolger wird Herr v. Bethmann-Hollweg genannt.

Der „Deutsche Courier", der von einer Kanzlerkrise nichts weiß, bringt über den Staatssekretär v. Jagow und den Unterstaatssekretär Zimmermann Nachrichten, die mit denen der „Voss. Ztg." übereinstimmen. Er fügt hinzu, daß das aufsehenerregende Buch „Deutsche Weltpolitik und kein Krieg", das [illegible] bei den Alldeutschen so leidenschaftlichen [illegible] fand, unter erheblicher Mitwirkung des Staatssekretärs Dr. Solf entstanden und auf seine Anregung vom Londoner Vertreter des „Wolffschen Bureaus", Herrn Plehn herausgegeben sei. Die englandfreundliche Haltung Dr. Solfs sei bekannt und dürfte, nach dem nationalliberalen Blatte, vielleicht mit der Grund sein, der ihn als aussichtsvollsten Kandidaten für das Auswärtige Amt in den Vordergrund gestellt hat.

Ob die Schwierigkeiten, die ja tatsächlich vorhanden sind, bloß auf dem Gebiet der elsässischen Frage liegen, oder ob sie sich auch mit Fragen der auswärtigen Politik komplizieren, steht dahin. Die Amtsmüdigkeit des Herrn v. Jagow soll nach dem „Deutschen Courier" auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der Staatssekretär bei seinen Verhandlungen mit England auf innere Schwierigkeiten gestoßen sei, auch soll die Frage der deutschen Militärmission in der Türkei Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten gegeben haben.

Das deutsche Volk hat nun in Ergebung abzuwarten, ob Herr v. Bethmann wirklich geht, und ob wirklich der für diesen Posten schon so oft genannte Herr v. Tirpitz zu seinem Nachfolger bestimmt ist. Als ein reiner Sieg des Reichstages könnte der Abschied des Reichskanzlers heute nicht mehr aufgefaßt werden: ein solcher Sieg wäre nur dann festzustellen gewesen, wenn der Kanzler unmittelbar nach dem Mißtrauensvotum zugleich mit dem Kriegsminister seinen Abschied genommen hätte. Indes verlautet von einer Verabschiedung des Herrn v. Falkenhayn nicht das mindeste. Auf der anderen Seite hat ja, wie bekannt, der liberale Teil der Mehrheit vom 4. Dezember krampfhafte Versuche gemacht, die Stellung des Reichskanzlers zu festigen. Es wäre eine Ironie des Schicksals, wenn Herr v. Bethmann seinen Abschied nehmen müßte, fünf Tage nachdem Herr Bassermann ihn zum Range eines nationalliberalen Politikers erhoben hatte. Die Liberalen wären zum Abgange Bethmanns nicht zu beglückwünschen, eher könnte man ihnen das Beileid aussprechen, daß diese jüngste Hoffnung des Liberalismus eines so frühen Todes verblichen ist.

Herr v. Tirpitz hat sich in seinem Ressort, wie auch seine Gegner zugeben, als ein kluger und energischer Mann erwiesen, der genau weiß, was er will, und der in der Wahl seiner Mittel keinerlei Verlegenheit zeigt. Die Alldeutschen würden ihm ebensoviel Vertrauen entgegenbringen, wie Dr. Solf als Staatssekretär des Auswärtigen Mißtrauen: die neue Regierung würde somit nach außenhin ein doppeltes Gesicht zeigen. Daß Herr v. Tirpitz als Reichskanzler seinen Ressortfanatismus aufgeben könnte, ist nicht anzunehmen, und der entschiedene Gegner eines Flottenabkommens mit England, der er ist, würde er vermutlich auch bleiben. Seine Stellung zu den einzelnen Fragen der inneren Politik ist nicht bekannt, es ist nicht einmal bekannt, ob er überhaupt eine hat. Die Liberalen haben gewisse Sympathien für ihn — was freilich nichts beweist — und als unbedingter Mann der Rechten gilt er bisher nicht.

Die Richtigkeit der Angaben der „Vossischen Zeitung" über die kommenden Männer vorausgesetzt, würde das ein Bild voller Widersprüche in Beziehung auf die auswärtige Politik ergeben, was dem Weltfrieden nicht dienlich wäre. Dr. Solf, der auswärtige Minister, ein Freund Englands und der Rüstungseinschränkungen, der leitende Staatsmann aber, für den auch der Minister des Auswärtigen nur als Stellvertreter fungiert, ein Gegner jedes Abkommens mit England. Das bildete nicht nur eine Quelle innerer Konflikte in der Regierung, sondern müßte auch die äußere Politik des Reiches als unklar erscheinen lassen, als eine solche, auf die eine andere Macht keine Rechnungen aufbauen könnte. Eine solche Unbestimmtheit ist aber die gefährlichste Quelle von Konflikten. Nach der bisherigen Haltung des Reiches in der Frage der Verständigung mit England ist es aber immerhin möglich, daß die Angaben der „Vossischen Zeitung" richtig sind, denn Unklarheit und Schwanken war bisher schon das Kennzeichen der deutschen Auslandspolitik.

So oft als Herr v. Tirpitz als kommender Reichskanzler ist auch schon Herr v. Bethmann als Nachfolger des Grafen Wedel im Straßburger Statthalterpalais genannt worden. Das war freilich vor Zabern. Herr von Bethmann soll stets eine gewisse Sehnsucht nach Straßburg empfunden haben, und mancher Zug seiner Politik ist vielleicht daraus zu erklären. Heute wird Herr von Bethmann wissen, daß das Mißtrauen, das ihm der Reichstag ausgesprochen hat, ihm in Elsaß-Lothringen in der allerkonzentriertesten Form aufs neue entgegentreten würde. Hat doch selbst Herr Mandel im elsässischen Landtag erklärt, er habe bei den ersten Zabern-Interpellationen deshalb nicht das Wort ergriffen, weil er sonst dem Reichskanzler öffentlich in verschiedenen Punkten hätte widersprechen müssen. Mit dem Statthalter Grafen Wedel würden somit voraussichtlich auch Staatssekretär Zorn von Bulach, sowie die Unterstaatssekretäre ihren Abschied nehmen. Zugleich mit dem Reiche stände dann der derzeit empfindlichste Teil des Reiches, Elsaß-Lothringen, vor einer totalen Regierungskrise. Der starke Mann, nach dem sich die „Post" sehnt, der Mann, der einer schrecklichen Entladung fähig ist, vor der das Elsaß zittern soll, ist Herr von Bethmann allerdings auch nicht.

Mögen sich die Krisengerüchte nun bestätigen oder nicht, jedenfalls sind sie ein Zeichen dafür, daß die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Situation an allen Stellen empfunden wird. Freilich, wieviel Unhaltbares bleibt im preußisch-deutschen Reiche dennoch stehen, weil man nicht weiß, was man an seine Stelle setzen soll! Es ist eine Zeit der dauernden Krisen, die zu klaren Entscheidungen noch nicht reif ist. Eine neue Regierung wäre unter solchen Umständen kaum mehr als der neue Ausdruck einer alten Verlegenheit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Etat der Sozialpolitik.

Die Erörterungen der beiden letzten Tage waren gewissermaßen eine Einleitung zu der Sonnabend begonnenen Beratung des Etats des Innern. In der Tat deutete ja das Gesetz über die Sonntagsruhe den Mangel an sozialpolitischer Initiative und an sozialpolitischer Energie klar genug an, die sich in der ganzen Reichspolitik mehr und mehr ausbreiten. Die Debatte über den Etat des Herrn Delbrück wird diesen Eindruck noch verstärken, und es wird lebhafter Anstrengungen bedürfen, endlich wieder ein etwas stärkeres Tempo auf diesem Gebiete der Reichsgesetzgebung zu erzielen. Es ist gerade deshalb recht günstig, daß in der Generaldebatte, die heute ihren Anfang nahm, die sozialpolitische Erörterung von der wirtschaftspolitischen getrennt und vorweggenommen ist.

Als erster Redner sprach Genosse Robert Schmidt, und seine Darlegungen gaben ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen höchst unerfreulichen Situation. Seine Rede war eine strenge, aber auch in der geschlossenen und reichen Argumentation unwiderlegliche Schilderung des Elends, in dem sich jetzt die sozialpolitische Gesetzgebung, wie auch ihre Ausführung befindet, und sie war zugleich die Ausarbeitung eines großen und gebieterischen Arbeitsprogramms, das sich Parlament und Regierung vornehmen sollten. Gegenüber der Erlahmung sozialpolitischen Geistes und des sozialpolitischen Willens war diese Darstellung und diese Kritik eine wertvolle Tat positiver Leistung. Genosse Schmidt zeigte in der Tat, wie wenig geschehen ist in den letzten Jahren, er wies namentlich hin auf die Lage der Landarbeiter und einzelner wichtiger Kategorien des Industrieproletariats. Er nannte unter Anführung überzeugenden Materials die Bergarbeiter, die Binnenschiffer, die Bauarbeiter, führte auch das zögernde Verhalten der deutschen Reichsregierung in der Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen an, und reihte so zu einer geschlossenen Beweisführung die einzelnen trostlosen Tatsachen. Für die Stimmung oder besser gesagt für die mangelnde sozialpolitische Stimmung der Regierung war besonders interessant, die Hervorhebung der Tatsache, daß der Beirat für Arbeiterstatistik geradezu systematisch beiseite geschoben wird und nicht minder überzeugend die mangelnde Ausführung der gesetzlichen Bestimmung über den Heimarbeiterschutz. Dieser passiven Resistenz gegenüber der Sozialpolitik wirkt geradezu aufreizend die Rechtsprechung, die gleichfalls immer feindseliger einer wirksamen Sozialpolitik sich entgegenstellt.

Der fortschrittliche Redner, der dann das Wort nahm, Herr Doormann, mußte selbst die Berechtigung mancher Einwände zugeben, die unser Redner erhoben hatte, und er führte auch manche Probleme an, die einer Regelung dringend bedürfen. Allerdings entschloß er sich nicht zu dem strengen Urteil, das sich doch zwingend aus den Ausführungen des Genossen Robert Schmidt und aus den ganzen Tatsachen ergibt. Er bestritt sogar die Stagnation, die auf diesem Gebiete herrscht, wenn er auch zugeben mußte, daß freilich kein übereiltes Tempo in der Sozialpolitik festgestellt werden kann. Dem Vertrauensvotum, das Herr Dr. Doormann schließlich dem Staatssekretär des Innern aussprach, wird sich die Arbeiterklasse vollends nicht anschließen können.

Die Debatte wird am Montag fortgesetzt. Am Dienstag wird vermutlich die Interpellation über die Kriegsgerichtsurteile verhandelt werden.

Die Budgetkommission des Reichstages

setzte am Freitag ihre Beratungen über die Ausführung des Kaligesetzes fort. Im Mittelpunkt der ausgedehnten Verhandlungen stand der Antrag Erzberger, der dem Kalisyndikat die in früheren Jahren für Auslandspropaganda gemachte Mehrausgaben von 972 000 Mk. zurückerstattet wissen wollte. Herr Erzberger ist der Meinung, daß das Kalisyndikat eine sehr unglückliche Politik treibe und daß es kompletter Unsinn sei, wenn es versuche, die genannte Summe auf dem Klagewege vom Reichsfiskus zu erhalten. — Genosse Hoch wies auf die interessante Uebereinstimmung zwischen den Summen der Syndikatsforderung und des Erzbergerschen Antrages hin, unterstrich auch die Bereitwilligkeit der Regierung, dem Syndikat „eine runde Summe von etwa 900 000 Mark" zu zahlen, und legte gegen eine solche unbegründete Geschenkpolitik entschieden Verwahrung ein. Der Erzbergersche Antrag sehe ganz wie bestellte Arbeit aus und sei unlogisch, weil er von der irrigen Voraussetzung ausgehe, daß die Steigerung der Auslandspropaganda und die Erhöhung der hierfür zu bewilligenden Gelder eine Förderung von Arbeiterinteressen in Gestalt reichlicherer Arbeitsgelegenheit zur Folge habe. Eine ungleich solidere Basis für die Entwicklung der Kaliproduktion und damit für die an dauernde und lohnende Arbeit geknüpften Arbeiterinteressen biete der gesicherte Absatz im Inlande. — Bekräftigt wurde diese Argumentation durch den vom Genossen Sachse erbrachten Beweis, daß frühere Erhöhungen der Summen für Auslandspropaganda keine Mehreinstellung von Arbeitern, sondern im Gegenteil Entlassungen zur Folge hatten. — So sehr sich Herr Erzberger bemühte, wenigstens den Schein einer sachlichen Berechtigung seines Antrages zu retten, mußte er diesen schließlich zurückziehen, zugunsten eines Antrags Gothein, 900 000 Mark aus dem Reservefonds für künftige Auslandspropaganda dem Syndikat zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag gelangte zur Annahme.

Der Reservefonds in Höhe von 8 Millionen Mark ist bisher in die Reichskasse geflossen und unverzinst geblieben. In Uebereinstimmung mit dem Abg. Gothein rügte Genosse Sachse das Verhalten der Regierung, das ungesetzlich sei und forderte energisch Abhilfe, so sehr sich die Regierung mit dem Schatzsekretär an der Spitze dagegen sträubte. Die schließliche Annahme eines Antrages Gothein, den Reservefonds zinstragend anzulegen und die Zinserträgnisse in Einnahme zu stellen, wird der Fortdauer des gerügten Zustandes einen Riegel vorschieben.

Da die Regierung über die Verteilung der Kali-Propagandagelder, entgegen dem Gebrauche, in verflossenen Jahren keinen gedruckten Nachweis erbracht

gliedern der Kommission den gedruckten Nachweis zu übermitteln. In der Debatte hierüber nahm Abg. Gothein Bezug auf einen Artikel des „Berl. Tageblatt", der „einen unglaublichen Skandal" enthüllte und an dem die Kommission nicht vorübergehen dürfe. Niemand habe für möglich gehalten, daß sich Bundesstaaten und Bundesfürsten an so faulen Geschäften beteiligten, wie dort geschildert werde. — Die Regierung zog es vor, das heiße Eisen nicht anzufassen, sondern half sich mit einem paar Redensarten über die unbequeme Sache hinweg. — Genosse Sachse, der ähnlichen kritischen Erörterungen bereits in anderen Organen begegnet ist, forderte, daß bei der künftigen Kalinovelle einer Fortsetzung solcher Manöver vorgebeugt werde. Dann werde man auch Gelegenheit haben, dafür zu sorgen, daß aus Mitteln des Reservefonds eine Schadloshaltung der von der Raubwirtschaft des Syndikats schwer betroffenen Arbeiter erfolge.

Mit der Annahme eines Antrages Gothein, 200 000 Mark mehr für Inlandspropaganda und zwar zur Verwendung für feldmäßigen Gemüsebau einzusetzen, und eines Antrages Bassermann, 500 000 Mark dem Syndikat für Propaganda auf der Weltausstellung in San Franzisko aus dem Reservefonds zur Verfügung zu stellen, wurde die Beratung des Titels beendet. — Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Scharfe Kämpfe stehen bevor.

Die Reaktion in Preußen hebt mutiger denn je ihr Haupt empor; das haben die Vorstöße der Konservativen im preußischen Herrenhause und im Abgeordnetenhause gezeigt, und das bekundet täglich die reaktionäre Presse aller Schattierungen. Im Fall Zabern hat die Reaktion ihr gewünschtes Futter gefunden. Die noch bevorstehenden Interpellationen über die Vorgänge in Zabern und über Kriegsgerichtsurteile sind ihr in die Glieder gefahren, und die von der Regierung in Aussicht gestellte Nachprüfung der militärischen Dienstvorschriften bedeutet für sie eine unerhörte Konzession der Regierung an die Demokratie. Die Reaktionäre sehen bereits die Rechtsstellung der Armee und die königliche Befehlsgewalt in Trümmer geschlagen. Darum schreien sie nach dem „starken Mann". Allen voran trägt die „Deutsche Tageszeitung" des Knuten-Oertel die Fahne der „Revolution von oben" voran. Sie schreibt in ihrer Sonntagsnummer: „Jede Abschwächung der Kabinettsordre von 1820 würde naturnotwendig eine Minderung der militärischen Befehlsgewalt des Kaisers in sich schließen. Wollte Deutschland seiner Armee die Hände binden, weil zuchtlose Burschen, die ohnehin voraussichtlich sich einer wirksamen Bestrafung entziehen dürften, eine Nacht im Kasernenkeller zubringen mußten, dann würde es sich zum Gespött vor dem In- und Auslande machen. . . . . Die Beibehaltung der Kabinettsordre von 1820 ist von grundlegender staatsrechtlicher Bedeutung, weil durch sie erst klar zum Ausdruck gebracht wird, daß das Heer ein Organ der öffentlichen Gewalt ist. Würde sie aufgehoben, so würde der Soldat anfangen, sich bei Befehlen gewisser Art erst ängstlich zu fragen, ob dabei auch die rechtlichen Grenzen inne gehalten seien, und ob er sich nicht durch Vollziehung des Befehls vielleicht selbst strafbar mache. Käme es aber erst einmal so weit in unserem Heere, dann wäre die stärkste Grundlage der monarchischen Befehlsgewalt und der darauf beruhenden realen Macht des Kaisertums in Deutschland erschüttert. Jeder Rückzug vor der Demokratie in dieser Frage wäre umso unbegreiflicher, als sich in den letzten Wochen doch wohl deutlich genug gezeigt hat, daß die Stimmung des Volkes gar nicht hinter der Windmacherei der demokratischen Parteien steht. Es wäre mehr als unverständlich, wenn die verantwortlichen Stellen auf diese Volksstimmung mit einem mutlosen Rückzuge antworten wollten! Seit langer Zeit ist die Stunde vielmehr kaum günstiger gewesen für ein energisches Halt auf der Bahn der Zugeständnisse an demokratische Zeitströmungen für eine neue Klarstellung und Sicherung der monarchischen Rechte in Deutschland . . . ."

Die „Milit. Polit. Korrespondenz" spricht von der Notwendigkeit einer zeitweisen Aufhebung der elsaß-lothringischen Verfassung. Das ist nichts anderes als die Revolution von oben. Doch: Je toller die Reaktion wütet, um so eher wird die breite Masse des Volkes sich aufgeklärt zeigen.

Der Entwurf eines Wohnungsgesetzes im preußischen Abgeordnetenhause.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend den Entwurf eines Wohnungsgesetzes an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. In dieser Kommission ist auch die Sozialdemokratie vertreten. Das Zentrum verlangte allerdings eine Kommission, in der zufällig die Sozialdemokraten keinen Sitz haben, es blieb aber mit diesem seinem Vorschlage in der Minderheit. Im allgemeinen wurde der Entwurf von den Rednern der bürgerlichen Parteien sympathisch aufgenommen, wenn auch kein einziger sich mit all seinen Bestimmungen einverstanden erklärte. Die Konservativen bemängelten, daß das platte Land unter die Wohnungsgesetzgebung gestellt wird, obwohl nicht verkannt werden soll, daß die ländlichen Verhältnisse im Gesetze Berücksichtigung gefunden haben. — Das Zentrum will sich Mühe geben, das Gesetz so zu gestalten, daß es allen Anforderungen entspricht, damit kein Bedürfnis für ein weiteres Eingreifen des Reiches vorhanden ist; es soll, wie der Abgeordnete Wuermling sich ausdrückte, dafür gesorgt werden, daß Preußens Eigenart auch hier aufrecht erhalten wird. — Starke Einwendungen gegen die in dem Entwurf vorgesehene Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts übte der nationalliberale Redner, ihm schloß sich Abgeordneter Fleisch (Fortschr. Volkspartei) an, der verlangte, daß die Wohnungspolizei durch die Gemeinden ausgeübt wird, und die Notwendigkeit betonte, auch auf dem Lande ein Wohnungsgesetz zu schaffen. — Die Interessen der Haus- und Grundbesitzer fanden einen warmen Vertreter in dem konservativen Lüdicke, der über die durch die so hohen Löhne eingetretene Verteuerung des Wohnungsbaues zeterte. — Von der Sozialdemokratie sprach der Abgeordnete Hirsch, der an den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes scharfe Kritik übte und nachwies, wie wenig dieser Entwurf geeignet ist, auch kämpfen, und den Erlaß eines Reichswohnungsgesetzes forderte, da vom preußischen Landtag doch nichts Vernünftiges zu erwarten sei. Trotzdem erklärte er, daß seine Freunde bereit seien, jede Abschlagszahlung anzunehmen, aber in der vorliegenden Fassung bedeute der Entwurf nicht einmal eine Abschlagszahlung. Es geschehe nichts zur Beseitigung der Spekulation in Grund und Boden und keine der vorgeschlagenen Maßnahmen sei dazu angetan, billige und gesunde Wohnungen zu schaffen; es handele sich lediglich um Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht, um die Erweiterung der Befugnisse der Polizeibehörde. Daß diese geeignet sei zur Lösung der Wohnungsfrage, würde man wohl selbst in diesem Hause nicht glauben. Werde der Entwurf nicht wesentlich umgestaltet, dann würden die Sozialdemokraten ihm wohl schwerlich zustimmen können.

Einführung von Postkreditbriefen.

Im Reichspostamt wurde am Sonnabend eine Konferenz abgehalten, zu der auch Vertreter des Handels und des Gewerbes zugegen waren. Es handelte sich zunächst um die Einführung von Postkreditbriefen, eine neue Einrichtung ähnlich der des Postscheckkontos. Sie bildet eine weitere Erleichterung im Zahlungsverkehr. Der Inhaber eines Postscheckkontos kann den Betrag für den Postkreditbrief von seinem Guthaben auf das Kreditbrief-Konto überweisen. Der Postkreditbrief wird vom Postscheckamt der vom Einzahler bezeichneten Person als Einschreibebrief unter „eigenhändig" portofrei zugesandt. — Im weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit dem nächsten Weltpostkongreß mit der Ermäßigung des Weltpostportos für Briefe. Es wurde gewünscht, daß, wenn es nicht möglich sein sollte, das Weltpenny-Porto einzuführen, wenigstens die großen Verschiedenheiten beseitigt werden, die seit dem Kongreß in Rom auf diesem Gebiete bestehen, und daß soweit als möglich durch besonderes Abkommen mit Nachbarländern für diese eine Portoermäßigung erreicht würde. Besprochen wurde auch die Ermäßigung des Zuschlagsportos für unzureichend frankierte Briefsendungen, die allgemeine Annahme der Antwortscheine, der Eilbestellung, der Bestimmungen des Postpaketvertrages, insbesondere die allgemeine Zulassung von Wertangabe, Nachnahme, Sperrgut, dringenden Paketen, Zollfrankoverfahren, Vereinfachung der Zollinhaltserklärungen und allgemeine Annahme des Zeitungsübereinkommens. Beschlüsse wurden hierin nicht gefaßt.

Sozialpolitische Forderungen im Reichstage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des Reichsamts im Innern drei Resolutionen eingereicht. Die Fraktion verlangt zum Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen ohne Rücksicht auf die Größe und Art des Betriebes die Erhöhung des Schutzalters der Jugendlichen auf 18 Jahre, ferner Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen, Festsetzung des Maximalarbeitstages von zehn Stunden für Jugendliche und Arbeiterinnen mit dem Ziel auf weitere Herabsetzung des Zehnstundentages. — In einer zweiten Resolution werden Schutzmaßnahmen im Interesse des Kranken- und Pflegepersonals gefordert. — Die dritte Forderung der Fraktion geht dahin, den bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellten Gesetzentwurf, der die Arbeitszeit und die Ruhepausen für alle Angestellten im Gastwirtsgewerbe regelt, baldigst vorzulegen. Bis zum Erlaß dieses Gesetzes soll der Bundesrat seine Verordnung über die Beschäftigung im Gastwirtsgewerbe auf alle Angestellten dieses Gewerbes ausdehnen.

Die Amtsbefugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen.

Ueber die Amtsbefugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten hat der preußische Handelsminister im Einvernehmen mit dem Minister des Innern neue Bestimmungen erlassen, denen wir folgende Stellen entnehmen:

„Die Gewerbeinspektoren sollen, wenn sie bei ihren Besichtigungen Uebelstände vorfinden, deren Abstellung in der Regel zunächst durch übliche Vorstellungen und geeignete Ratschläge herbeizuführen suchen. Führt dies nicht zum Ziele oder erscheint von Anfang an die Anwendung von Zwangsmitteln erforderlich, so haben die Gewerbeinspektoren selbst im Wege der polizeilichen Verfügungen die Ausführung der Maßnahmen anzuordnen. Stellen die Gewerbeinspektoren eine gesetzlich mit Strafe bedrohte Zuwiderhandlung gegen die Arbeiterschutzbestimmungen fest, so haben sie, wenn nicht die Besonderheiten des einzelnen Falles eine mildere Behandlung geboten erscheinen lassen, die Bestrafung herbeizuführen. Sie haben diese bei dem Ersten Staatsanwalt beim zuständigen Landgericht oder beim Amtsanwalt (Schöffengericht), gegebenenfalls bei der Ortspolizeibehörde zu beantragen. Die Befugnis zum Erlaß der in den §§ 120b, 120f Abs. 2 und 137a Abs. 3 der Gewerbeordnung bezeichneten Verfügungen steht auch den Gewerbeinspektoren zu.

Auch die „Erstklassigen" in Elsaß-Lothringen opponieren.

In der Ersten Kammer des reichsländischen Parlaments wird voraussichtlich schon am heutigen Montag eine Interpellation über Zabern verhandelt werden, die unterzeichnet ist von Graf Andlaw, Dr. Curtius, Dr. Schwander, Ungemach, Dr. Vonderscheer. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Was gedenkt der Herr Statthalter zu tun, um dem Lande die Sicherheit zu verschaffen, daß die Inhaber militärischer Kommandogewalt in Elsaß-Lothringen sich in Zukunft innerhalb der Schranken ihrer Befugnisse halten?"

Großbritannien.

Der Dubliner Streik beendigt. Nach Meldungen aus Dublin hat dort am Sonnabend die Streikleitung nach einer Sitzung, die die ganze Nacht dauerte, den Abbruch des Streiks beschlossen. Der Kampf hat zwanzig Wochen gedauert. Nach den vorliegenden Resultaten der teilweisen Gemeinderatswahlen, die am Donnerstag in Dublin stattfanden, haben die Arbeiter zwei neue Mandate gewonnen. ab, trotz der wüsten Hetze, die von den katholischen Pfaffen gegen die Arbeiterkandidaten betrieben wurde.

Ein Protest gegen die Säbelherrschaft in Südafrika. Der Nationalausschuß der britischen unabhängigen Arbeiterpartei hat folgende Resolution gefaßt: Wir protestieren gegen das despotische Vorgehen der südafrikanischen Regierung, die unter Mitschuld des Generalgouverneurs Lord Gladstone und des Kolonialamts im Interesse des Kapitalismus und der Klassenherrschaft die Gewerkschaftsführer verhaften ließ, die Verfassung unterdrückte und das Kriegsrecht erklärte. Wir hegen das Vertrauen, daß die organisierten Arbeiter des ganzen Dominiums gemeinsame Sache machen werden und in geeigneter Front diesem neuesten Versuche, britische Einrichtungen zu russifizieren, Widerstand entgegensetzen werden. Eine Abschrift der Resolution wurde dem Kolonialsekretär übersandt.

Mexiko.

Angriff auf die Stadt Mexiko. Nach einem Telegramm aus Chihuahua will der Rebellenführer General Villa versuchen, bei Guadalajara zu General Carranza zu stoßen, um mit ihm auf Mexiko zu marschieren. General Villa erklärt, daß er bei dem jetzigen Anwachsen seiner Armee 25 000 Mann zu einem entscheidenden Schlag gegen die Hauptstadt führen könnte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 19. Januar.

sk. **Züchtigungsrecht gegenüber fremden Kindern.** Urteil des Hanseatischen Oberlandesgerichts vom 8. Dezember 1913. Eine vielfach erörterte Frage ist die, ob man fremde Kinder unter Umständen züchtigen darf. Die empörenden Unarten, die man häufig auf der Straße beobachten kann, lassen den Wunsch durchaus berechtigt erscheinen, ein Züchtigungsrecht Dritter gegenüber fremden Kindern anzuerkennen, und die Rechtsprechung hat diesem im öffentlichen Interesse liegenden Bedürfnis Rechnung getragen, indem sie wiederholt aussprach, daß es erlaubt ist, im Interesse der Allgemeinheit ungezogene Kinder auf frivoler Tat zu bestrafen. Jüngst hatte ein Amtsgerichtssekretär A. in **Lübeck** beobachtet, wie ein sechsjähriger Knabe H. ein dreijähriges Kind mit einer Zange am Ohr faßte, daß dieses laut aufschrie. A. hatte daraufhin dem H. mit seinem Schirm einige Schläge über das Gesäß gegeben. Der Vater des H. erhob gegen A. Privatklage wegen Mißhandlung. A. wurde auch zunächst vom Landgericht Lübeck verurteilt, dann aber auf seine Revision vom Hanseatischen Oberlandesgericht freigesprochen und zwar aus folgenden Erwägungen: Dem Landgericht ist darin beizutreten, wenn es ein abgeleitetes Züchtigungsrecht Dritter gegen Kinder in den Fällen anerkennt, wo die Unart des Kindes eine sofortige Züchtigung des Kindes erfordert und die Eltern oder Erzieher nicht anwesend oder unmittelbar erreichbar sind. Der zutreffende Gesichtspunkt, aus dem dieses Recht anzuerkennen ist, ist der der Geschäftsführung ohne Auftrag, wobei jedoch der § 679 BGB. insbesondere heranzuziehen ist. Denn wenn für die Geschäftsführung ohne Auftrag im allgemeinen vorgeschrieben ist, sie sei so zu besorgen, wie das Interesse des Geschäftsherrn mit Rücksicht auf dessen wirklichen oder mutmaßlichen Willen es erfordert, so würde diese allgemeine Vorschrift häufig der Sachlage des Falles nicht gerecht werden, da nicht selten der Dritte mutmaßen mußte, der Vater sei mit der Unart des Kindes einverstanden oder doch jedenfalls nicht gewillt, das Kind von einem Dritten züchtigen zu lassen. Ein solcher entgegenstehender Wille kommt aber nach § 679 nicht in Betracht, wenn eine Pflicht des Geschäftsherrn, deren Erfüllung im öffentlichen Interesse liegt, in Frage ist. Es ist nicht fraglich, daß die Pflicht der Erziehung, zu der auch die Züchtigung für gelegentliche Unarten gehört, im öffentlichen Interesse liegt, wie denn auch die Erziehung eines Kindes unter Umständen den Eltern entzogen und behördlich geregelt werden kann. Hierdurch wird zugleich das Recht des Dritten bei Züchtigung fremder Kinder begrenzt. Es sind Fälle denkbar, daß eine heftige Züchtigung eines Dritten als Ueberschreitung des Züchtigungsrechts erscheinen könnte, während dieselbe Züchtigung, wenn sie vom Vater ausgeübt wurde, noch als innerhalb seines väterlichen Züchtigungsrechts liegend angesehen werden könnte. Der Dritte darf die Züchtigung nicht in stärkerem Maße ausüben, als das öffentliche Interesse es vom Vater erfordern würde. Daß dabei die Grenzen nicht fest bestimmt sein können und es auf die Lage des Einzelfalles ankommt, ist selbstverständlich. Es kommt daher darauf an, welche väterliche Züchtigung im öffentlichen Interesse angemessen gewesen wäre. Das Landgericht stellt fest, der sechsjährige H. habe auf der Straße nachmittags den dreijährigen Sohn des Oberlehrers M. mit einer Schaffnerzange am Ohr gefaßt gehabt, so daß dieser laut geschrien und eine sichtbare Stelle am Ohr davon getragen habe, mehrere andere Kinder seien vor dem Knaben davongelaufen; der Angeklagte habe von dem Jungen die Herausgabe der Zange verlangt, was dieser verweigert habe, und habe ihm darauf mit seinem aufgerollten Schirm einige Schläge auf das Gesäß gegeben, ihm dann die Zange abgenommen und ihm noch 2 oder 3 Schläge mit dem Schirm auf das Gesäß gegeben. Am Abend sind auf dem Gesäß des Knaben H. Streifen, Verfärbungen und Anschwellungen bemerkt worden, die von den Schlägen des Angeklagten herrührten. Diese Züchtigung überschritt nicht die Grenzen einer für das Tun des sechsjährigen Knaben im öffentlichen Interesse angemessenen Bestrafung. Der Angeklagte hat daher nicht rechtswidrig gehandelt und war freizusprechen. (Aktenzeichen: R. P. V. 35/13.) (Nachdruck verb.)

Der Liederabend des Arbeiterbildungsvereins, der gestern abend im Gewerkschaftshause stattfand, hätte einen besseren Besuch verdient. Jeder Freund eines guten Männergesangs kam gestern auf seine Rechnung. Die Leistungen des Chorvereins ließen nichts zu wünschen übrig, sodaß die Sänger und ihr Dirigent Sulanke einen schönen Erfolg zu verzeichnen hatten. Im „Schifferständchen" kamen die beiden Solis für Tenor und Baß vorzüglich heraus. Den größten Teil des Abends bestritt Elsa Colmann-Charlottenburg mit ihren Liedern zur Laute. Fräulein Colmann ist uns nicht mehr fremd. Wir hörten sie bereits zum dritten Male und doch bot sie immer wieder Neues. Sie ist nicht nur eine gute Lautenspielerin und eine treffliche Sängerin, sondern sie weiß auch für jedes der alten Volkslieder die richtige Mimik und Geste anzuwenden. Gestern brachte sie auch in der pfälzischen Weise „Holdes Mariechen" eine andere Textart des in vielen Variationen in ganz Deutschland verbreiteten Liedes: „Anne-Mariechen, wo willst du denn hin? Will in die Stadt hinein, wo die Soldaten sein" 2c. pp. Neue sind neben den alten Volksliedern entstanden, aber sie können die alten nicht verdrängen. So wie das Lied von der Anne-Marie wurden sie von Generation zu Generation weitergegeben, ohne daß der Dichter jemals

mann dankbar, die alten Bekannten in der richtigen Vortragsweise hören zu können. Besonders schlugen die heimatlichen niederdeutschen Weisen, wie „De Bur und de Pap" und „Von Herrn Pastor sin Koh" ein. Der Beifall war so stürmisch, daß die Künstlerin bei ihrem viermaligen Auftreten jedesmal eine Zugabe schenken mußte. Die Hörer haben sich aufs beste unterhalten.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hielt am 14. Januar seine diesjährige Generalversammlung ab; dieselbe war sehr gut besucht und ließen sich wieder mehrere Kollegen neu aufnehmen. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1913 gab der Kassierer, Kollege Fischborn; ihm wurde für seine Tätigkeit Decharge erteilt. Den Jahresbericht vom Jahre 1913 gab der Vorsitzende, Johs. Knaack. Der Bericht ist sehr günstig; hat doch in dem verflossenen Jahre die hiesige Organisation der Gastwirtsgehilfen ihre Feuertaufe erhalten, indem sie erfolgreich eine Lohnbewegung durchführte. Am 8. Juli kam der von uns geforderte Tarif-Vertrag mit einer kleinen Abänderung zur Anerkennung des hiesigen Gast- und Schankwirte-Vereins. Eine nicht allzu ruhmvolle Rolle spielte bei der mehrere Monate dauernden Bewegung der hiesige „Deutsche Kellnerbund"; dieser versuchte es nämlich, das Publikum wie auch die Arbeitgeber im Gastwirtsgewerbe gegen uns scharf zu machen. Echte Bündlerei! Weiter ist noch zu erwähnen, daß am 1. Oktober vor. Jahres die Arbeitslosen-Unterstützung bei uns eingeführt ist. Die Mitgliederzahl der hiesigen Ortsverwaltung stieg von 138 auf 209, ein sehr erfreuliches Zeichen, zumal die Neuaufgenommenen fast nur aus jungen Fachkollegen bestanden. An Krankenunterstützung wurden 773,55 Mk. ausgezahlt. Die gesamte Einnahme betrug 4625,75 Mk. Es wurden im Laufe des Jahres 12 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen abgehalten. Unser Arbeitsnachweis vermittelte im verflossenen Jahre 1517 Aushilfsarbeiten und 214 feste Stellungen. — Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege J. Knaack, als 2. Vorsitzender H. Peter l wiedergewählt, als Kassierer M Fischborn und als Schriftführer unser Beamter Otto Kolb wiedergewählt. Wir rufen den noch fernstehenden Kollegen zu: Wollt Ihr Eure traurige Lage verbessern, dann schließt Euch dem auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verband der Gastwirtsgehilfen an!

b. **Dritte Strafkammer** am 17. Januar. Geschäftskauf mit unzureichenden Mitteln. Vor einigen Jahren kaufte der Kaufmann Heimers das Geschäft der bekannten Firma Friedrichs u. Co. in der Breiten Straße für rund 21 000 Mark. Die Verkäuferin behielt sich das Eigentumsrecht an Waren und Inventar bis zur völligen Zahlung vor. Es wurden 5000 Mark anbezahlt, so daß dem Käufer nach 3000 Mark Kapital zur Verfügung standen. Damit ist bei dem heutigen Konkurrenzkampf nicht viel anzufangen. H., der das vorhandene Warenlager als veraltet und nicht absatzfähig genug erklärte, erneuerte und vervollkommnete dieses um 35 000 Mark, ließ das alte Inventar herrichten und kaufte für 3000 Mk. neues dazu. Das Geschäft ging nicht nach Wunsch; da wurden ihm von einer Hamburger Firma Dippern 5000 Mark als Darlehen angeboten unter der Bedingung, daß H. ein bestimmtes Quantum Waren entnehme. In dem Darlehensvertrag verpfändete H. sein Warenlager und Inventar, obwohl dieses Vorbehaltsrecht von Friedrichs war. In dieser Verschweigung wird der Betrug erblickt, denn Dippern hätte bei Kenntnis des wahren Sachverhalts, daß Friedrichs noch 13 000 Mark zu fordern hatte, niemals das Darlehen geboten, weil H. sonst keine Garantien stellen konnte. Der Angeklagte behauptet, er habe beim Vertragsabschluß gar nicht an diesen Fall gedacht und ferner geglaubt, Friedrichs Forderungen wären durch die Vermehrung des Warenlagers sowieso gedeckt. Der Konkurs sei nur eingetreten, weil die Firma Dippern plötzlich ihr Guthaben zurückgefordert habe, und zwar wahrscheinlich wegen ihrer Nichtbevorzugung beim Wareneinkauf. Heimers fühlt sich vollkommen unschuldig und erklärt sich bereit, den Restbetrag von 1200 Mk. der Firma Dippern zurückzuzahlen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der sich übrigens früher durch großen Personalwechsel auszeichnete, drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautet auf 500 Mark Geldstrafe oder 50 Tage Gefängnis. Das Gericht nahm mildernd an, daß H. nicht von vornherein Dibbern schädigen wollte. Durch die Geldstrafe an Stelle des Gefängnisses soll dem Angeklagten das weitere Fortkommen nicht erschwert werden. — Aus Not quittierte der Handlungsreisende St. eine Rechnung mit fremdem Namen und gab die 15 Mk. seiner siebenköpfigen Familie, die nichts zu beißen hatte, da die Einnahmen äußerst gering waren. Das Geld ersetzte er später wieder. Das Gericht berücksichtigte die Notlage des Angeklagten und erkannte auf die geringste zulässige Strafe von 1 Woche Gefängnis. Die dreifache Strafe war beantragt. — Einen unreellen Handel unternahmen die Arbeiter L. und B. in einer Herberge in der Depenau im Jahre 1912. Dort wollte ein polnischer Arbeiter seinen „Ticker" los werden. Er forderte für das Kunstwerk 6 Mk., wollte es aber auch für drei Mark hergeben. L. nahm die Uhr in die Hand, gab sie seinem Freunde B. und meinte trocken zu diesem: So, nun geh' mal los! Dem Verkäufer wurden statt des Geldes Prügel angeboten, denn bezahlen konnte keiner der beiden. Die Betrugsgeschichte kommt jetzt erst zur Verhandlung, weil die Zeugen nicht zu finden waren. Unterdessen erhielt L. wegen neuer Taten 1½ Jahre Zuchthaus, auch schweben neue Anklagen gegen ihn. Seine Strafe wird um 1 Monat erhöht. B. quittiert mit 2 Wochen Gefängnis. — Das Pensionsfräulein mit guter Erziehung und den goldenen Zähnen, das im vorigen Herbst verschiedene Diebstähle bei einem hiesigen Doktor begangen hatte und deshalb zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde — bekanntlich wurden jene 1000 Mk. für den Luxus verwandt — hatte sich heute wegen eines Diebstahls zu verantworten, der weiter zurückliegt. Sie war seinerzeit bei einer Frau Gr. als Stütze tätig, die im Schüsselbuden eine Wirtschaft inne hatte. Dort mußte das Fräulein aushilfsweise mit tätig sein in der Nacht, wofür ihr die Frau ein Kleid im Werte von 144 Mk. geschenkt haben soll. Dieses Kleid soll auch zweimal dem Fräulein leihweise überlassen worden sein, einmal um ins Theater zu gehen, zum andern um in der Wirtschaft den Gästen gegenüber als Frau G. zu gelten. Diese Auslegung wird von Frau G. bestritten, die übrigens die Diebstahlsanzeige zurücknehmen möchte. Das geht jetzt nicht mehr. Der Angeklagten werden vier Wochen Gefängnis weiter aufgebrummt. — Verschiedene Schwindeleien beging ein 18jähriger Arbeitsbursche aus Oesterreich, der bei einem hiesigen Kaufmann tätig war. Er unterschlug Geld und Waren und fertigte eine falsche Quittung aus. Urteil 6 Wochen Gefängnis.

Zweigstelle St. Lorenz der Öffentlichen Bücher- und Lesehalle. Das Bücherverzeichnis der Zweigstelle St. Lorenz ist vor kurzem erschienen. Es enthält auf 48 Seiten den Bestand von rund 1700 Bänden einschließlich der Doppel-Exemplare. Die erste Abteilung bringt die schöne Literatur, Dichtung, Dramen, Romane, Novellen, Erzählungen usw. in alphabetischer Anordnung der Verfassernamen. Neben den Klassikern Goethe, Schiller, Shakespeare, Kleist, Hebbel sind bewährte ältere Schriftsteller wie Alexis, Beyer, Dahn, Ebner-Eschenbach, Fontane, Freytag, Hauff, Keller, C. F. Meyer, Raabe, Rosegger, Storm u. a. mit zahlreichen Werken vertreten. Auch sind einige plattdeutsche Bücher außer den sämtlichen Werken von Fritz Reuter eingestellt. Nicht minder sind die neueren Verfasser guter Unterhaltungsliteratur berücksichtigt, erwähnt seien nur Boy-Ed, Diers, Dose, Falke, Frenssen, Hauptmann, Heer, Herzog, Jünger, Mann, Ompteda, Viebig, Zahn und viele andere. Hierauf folgen die Jugendschriften, auch Reiseschilderungen, Naturbeschreibungen, geschichtliche Erlebnisse u. a. für die Jugend bearbeitet enthaltend. Die belehrende Literatur ist nach ihrem Inhalt in eine Reihe von Haupt- und Unterabteilungen geordnet. Die Gebiete, für die bei den Lesern das meiste Interesse vorausgesetzt werden darf, sind besonders berücksichtigt, Naturwissenschaften, Erd- und Völkerkunde, Deutsche Geschichte, Technik. Aber auch Spiel und Sport, Literatur und Kunst, Religion und Philosophie, Gesetz und Recht, Staat und Gesellschaft, Volks- und Privatwirtschaft (Buchführung und Handelskorrespondenz, Gartenbau, Tierzucht und Hauswirtschaft) werden in mehr oder weniger umfangreichen Werken behandelt. Ein biographisches Verzeichnis, enthaltend die den einzelnen Abschnitten hinzugefügten Lebensbeschreibungen, Charakteristiken und Briefwechsel, sowie ein alphabetisches Verfasser- und Titelverzeichnis vervollständigen den Inhalt. Der billige Preis von 20 Pfg., der bei weitem nicht den Herstellungskosten entspricht, ermöglicht jedem die Anschaffung. Erfreulicherweise macht sich auch ein lebhaftes Interesse unter den Lesern für das Bücherverzeichnis geltend, das sicher in erhöhtem Maße dazu beitragen wird, die Benutzer mit dem Bestande der Bücherei bekannt zu machen und jedem einzelnen die Auswahl der ihn besonders interessierenden Werke zu ermöglichen. Die Bücherausgabe ist jeden Mittwoch und Sonnabend von 6—8 Uhr geöffnet.

Ein Bubenstreich. Uns wird berichtet: Der Anstreicher Rieckhoff, wohnhaft Glandorpstraße, litt an Blindarmentzündung und wurde deshalb zwecks Vornahme einer Operation dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt. Am Freitag abend erschien bei der Frau des Erkrankten ein gutgekleideter Herr mit rötlichem Schnurrbart und erklärte, er komme vom Krankenhause um ihr die Mitteilung zu machen, daß ihr Mann gestorben sei. Die durch diese Nachricht in tiefsten Schmerz versetzte Frau gab am Sonnabend morgen dem Beerdigungsübernehmer Grimm den Auftrag, einen Sarg zu beschaffen und auch die anderen Formalitäten, die mit einer Bestattung verbunden sind, als Beibringung eines Totenscheines, zu erfüllen. Als Grimm nachmittags mit dem Sarge zum Krankenhause kam, wurde ihm eröffnet, daß von seiten der Leitung des Krankenhauses niemand zur Frau R. geschickt worden sei und daß deshalb jede Verantwortung von ihr abgelehnt würde. Der angeblich Verstorbene lebe und befinde sich auf dem Wege der Besserung. Diese Nachricht wurde sofort an die Anverwandten von R., denen schon ein Sterbegeld ausgezahlt worden war und für die Kränze bestellt waren, weitergegeben. — Es scheint sich demnach in diesem Falle jemand einen „Scherz" erlaubt zu haben, der von einer unglaublichen Gefühlsroheit zeugt. Hoffentlich gelingt es der Polizei, den Burschen ausfindig zu machen, damit er nach Verdienst bestraft werden kann.

Die Struckfähre ist jetzt wieder in vollem Betrieb.

Konkurseröffnung. Über das Vermögen des Spediteurs Heinrich Löding jr., früher in Lübeck, jetzt unbekannten Aufenthalts, ist am 16. Januar 1914, nachmittags 5¾ Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Schröder in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

pb. **Entwendeter Paletot.** Im Laufe des 18. dss. Mts. ist aus einem an der Holstenstraße belegenen Hause ein schwarzer Marengo-Paletot mit schwarzem Futter abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Aufhängsel des Paletots ist mit dem Namen der Firma „Karl Gabbert, Beckergrube 27" versehen. In den Taschen desselben befanden sich ein Paar Wildlederhandschuhe und ein Paar helle Sommerhandschuhe.

pb. **Verhaftungen.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Müllergeselle aus Groß-Röhrsdorf, der sich in Ratzeburg des Diebstahls von 32 Mark zum Nachteil seines Arbeitgebers schuldig machte und sich dann mit dem nächsten Zuge nach hier begab. — Festgenommen wurden 2 hiesige Arbeiter, die sich des Einbruchsdiebstahls in den Räumen der Konsumanstalt in Herrenwyk schuldig gemacht haben.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: In der am heutigen Montag stattfindenden „Martha"-Vorstellung wird sich ein junger Tenor, der als Ersatz für Herrn Kollwitz in Aussicht genommen ist, als Lyonel dem Publikum vorstellen. Derselbe war bisher am Stadttheater in Kiel engagiert und zählte dort zu den beliebtesten Sängern. Am Mittwoch, dem 21. Januar, wird die „Kinokönigin" ihre letzte Aufführung erleben. Wegen anderweitiger Verpflichtungen sieht sich die Direktion genötigt, mit dieser Vorstellung die lustige und stets zugkräftige Operette endgültig vom Spielplan abzusetzen. Donnerstag und Freitag finden zwei interessante Theater-Abende statt. Der Donnerstag ist dem großen nordischen Dichter Strindberg geweiht, der mit seinem „Totentanz" das Interesse des Lübecker Publikums im höchsten Maße wachgerufen hat. In weit milderen Bahnen als wie der grausige „Totentanz" bewegt sich das für den kommenden Donnerstag geplante Werk „Wetterleuchten". Wie schon der Titel sagt, verfinstern den Horizont überall drohende Wolken, doch der Ausgang ist gut, heiter und friedlich, wie nach einem abziehenden Gewitter. Am Freitag findet die Aufführung der neueinstudierten Oper „Der schwarze Domino" von Auber statt, die ja von allen älteren Opernkennern als ein Juwel des allbeliebten Komponisten gepriesen wird.

---

k. **Schwartau.** Der Liederabend, den der Bildungsausschuß am Sonnabend im „Hotel Kronprinz" veranstaltete, hatte leider nicht den gewünschten Zuspruch gefunden. Der Bildungsausschuß hatte weder Mühe noch Kosten gescheut, um den Rensefelder Arbeitern einmal etwas wirklich Gutes für wenig Geld zu bieten; trotzdem mußte die Sängerin, Frl. Else Colmann, welche die schönen alten Volkslieder in so wundervoller Weise, trotz des kalten Saales, vortrug, daß sich wohl jeder der Anwesenden sagen mußte: was haben unsere Genossen versäumt, die heute abend hier fehlten, vor leeren Stühlen singen. Es war ein Anfang, den der Bildungsausschuß gemacht hat. Nun, aller Anfang ist schwer. Hoffentlich werden auch die Schwartauer und Rensefelder Arbeiter bald das wirklich Gute zu schätzen wissen; und wenn wir dann die treffliche Sängerin einmal wieder kommen lassen, wird sie hoffentlich vor ausverkauftem Hause singen.

f. **Stockelsdorf.** In der Gemeinderatssitzung am Freitag wurden zunächst die Voranschläge der Gemeindekasse, Armen- und Schulkasse (Personen- und Baulast) festgestellt. Die Gemeindesteuern mußten gegenüber den früheren Jahren um 10 Prozent nach der Gesamtsteuer höher veranschlagt werden, um die Gemeindekasse balanzieren zu lassen. Der Kassenbestand ist ein recht niedriger; auch hat die Gemeindekasse einen erheblichen Zuschuß für die Gesindekrankenkasse im letzten Jahre leisten müssen. Ferner ist der Gemeinde vor zirka 2 Jahren eine erhebliche Einnahme in der Wertzuwachssteuer vom Reich weggenommen worden. Die Schulkasse (Personallast) muß ebenfalls um 10 Prozent erhöht werden, die Baulast konnte auf 30 Prozent, wie im vorigen Jahre, beibehalten werden. Die Armenkasse konnte von 50 auf 40 Prozent herabgesetzt werden. Ein Antrag, eine Eingabe an den Landtag gelangen zu lassen, in welcher eine allgemeine Revision der Gemeindeordnung verlangt wurde, wurde angenommen. Die letzte Revision hat 1876 stattgefunden; unter anderem soll nun der Landtag ersucht werden, für die Gemeinden des Fürstentums das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Personen beiderlei Geschlechts mit dem Beginn der Volljährigkeit auf Grund der Verhältniswahl zum Gesetz zu erheben. In der weiteren Begründung der Revision wurde die strikte Selbstverwaltung der Gemeinden, die Immunität der Gemeindevertreter usw. gefordert. Der Schulvorstand gab den Bericht von dem Handarbeitsunterricht in unseren Schulen. Da vielfach Klagen laut geworden waren, daß den Mädchen nicht das Notwendigste, was ihnen in ihrem späteren Leben nützlich ist, u. a. Nähen, Zuschneiden, Stricken und Stopfen gelehrt würde, so hatte die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung den Schulvorstand ersucht, diese Sache einmal näher zu prüfen. Es sind ja dann auch Erhebungen angestellt worden und etliche Herren des Schulvorstandes sind ja auch zu der Ansicht gelangt, daß, nachdem Zeugnisse von den Handarbeitslehrerinnen vorgelegt worden sind, der gegebene Unterricht genüge. Die Klagen erhoben sich in erster Linie über die Stockelsdorfer und Ravensbuscher Schule. Wenn man die Ansicht der Herren glauben soll, daß die Lehrerinnen die Befähigung besitzen, die Mädchen in den oben angeführten Fächern unterrichten zu können, so muß man zu der Meinung gelangen, sie wollen den Kindern dieses nicht lehren. Man kann die Beobachtung machen, daß eine sehr große Anzahl Mädchen private Nachhilfestunden nehmen. Die Sache weiter zu verfolgen, wurde dem Schulvorstand überlassen. Bezüglich des elektrischen Lichtes findet am Freitag, dem 23. Januar, abends 7 Uhr, in der Brauerei Fackenburg eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher der vom Landesverband engagierte Diplom-Ingenieur einen Vortrag halten wird. Die Einwohner der Gemeinde Stockelsdorf werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

w. **Mölln.** Für die hiesige Arbeiterschaft findet am Sonnabend, dem 24. Januar, abends 8 Uhr im Lübecker Hof ein Rezitationsabend statt, dessen Besuch jedem Arbeiter, der in des Lebens Drangsal einmal ausspannen und sich einige genußreiche Stunden verschaffen will und kann, angelegentlichst empfohlen werden muß. Der hiesige Ortsverein hat keine Kosten gescheut, um den Abend zu dem zu gestalten was er sein soll, eine genußreiche geistige Erholung seiner Besucher. Es wird aus Cl. Groth, F. Reuter, J. Brinkmann, Drachmann, Paul Warnke rezitiert, zur Abwechslung wird der hiesige Arbeitergesangverein einige Lieder singen, nach den Rezitationen findet für die Besucher ein Tanzkränzchen statt. Der Eintrittspreis von 30 Pfg. pro Person muß als ein niedriger bezeichnet werden. Wir können den Besuch des Rezitationsabends nur empfehlen und muß die Parole sein „Am Sonnabend abend zum Rezitationsabend". Programme sind bei den Komiteemitgliedern und C. Wagner, Scheulauer Chaussee, zu haben.

w. **Mölln.** Risiko der Arbeit. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag morgen 7½ Uhr in der Brauerei zum Eulenspiegel, Inhaber Gebr. Wächter hierselbst. Die Brauerei ist mit Eiseinnehmen beschäftigt und sollte deswegen auch am Sonntag gearbeitet werden. Das Eis wird mittelst Elevators nach dem Eiskeller geschafft. An dem Elevator war mit anderen auch der Gelegenheitsarbeiter Karl Stamer von hier beschäftigt. Eben hatte die Arbeit begonnen als ein zu großes Stück Eis in den Elevator hineinrutschte und sich derselbe infolgedessen festlief. Stamer wollte nun, ohne daß der Elevator ausgerückt wurde, das Hindernis entfernen, stieg also in den Elevator und als er das Stück Eis löste, kam der Elevator ins rotieren und verletzte Stamer auf gräßliche Weise. Neben Quetschung des Brustkastens erlitt Stamer mehrfache Bein- und Armbrüche, die eine Amputation des linken Armes und rechten Beines notwendig machen. Wer Schuld an dem gräßlichen Unfall hat, muß die einzuleitende Untersuchung ergeben. Stamer ist verheiratet und Vater von drei schulpflichtigen Kindern.

Bremen. Ein Bankräuber vor Gericht. Der Handlungsgehilfe Wilhelm Mathies L., geboren am 17. Mai 1891 in Hamburg, mußte sich am 14. Januar vor der Strafkammer III des hiesigen Landgerichts verantworten. L. war am 5. Dezember v. Js. von Hamburg nach Bremen gekommen, um sich auf irgend eine Weise Geld zu verschaffen. Er begab sich am Vormittag des 6. Dezember zur Deutschen Bank, in der ausgesprochenen Absicht, hier einen Raub auszuführen. Zu diesem Zwecke hatte er sich gemahlenen Pfeffer gekauft, um diesen seinen Verfolgern in die Augen zu werfen. Während der Angeklagte sich in dem Vorraum zu den Schaltern aufhielt, kam der 16 Jahre alte Lehrling einer hiesigen Firma und empfing 9000 Mk. in vier Tausendmarkscheinen und fünfzig Hundertmarkscheinen. Der Lehrling blieb in der Nähe des Schalters stehen und zählte das Geld nach, wobei er die vier Tausendmarkscheine auf den Tresen und seinen Unterarm darauf legte. Der Angeklagte, der diese Vorgänge beobachtet hatte, trat plötzlich an den Lehrling heran, riß ihm die vier Tausendmarkscheine unter dem Arm weg und ergriff die Flucht. Er wurde jedoch sofort verfolgt und gefaßt und es wurde ihm der Raub wieder abgenommen. An den Pfeffer will der Angeklagte gar nicht mehr gedacht haben. — Das Gericht bewilligte dem Angeklagten mildernde Umstände, weil er seine Tat tief bereut und weil er noch nicht vorbestraft ist. Es verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Die erlittene Untersuchungshaft wurde auf die Strafe angerechnet.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Büreau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt

vom Boot aus (392

am Dienstag, dem 20. Januar
vormittags von 8½ Uhr ab an der
Holstenbrücke.

Statt besonderer Anzeige.

Sonntag morgen entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber unvergeßlicher Mann, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Maurer

Carl Mallwitz

im fast vollendeten 46. Lebensjahre. Tief betrauert von mir und seinen Angehörigen

Dora Mallwitz Ww.

Die Trauerfeier beginnt am Donnerstag, mittags 11¾ Uhr, in der Kapelle (Burator). (404

Sonntag nachmittag entschlief nach kurzem schwerem Leiden in ihrem 25. Lebensjahre meine innigstgeliebte Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter, unsere gute Tochter, Schwester, und Schwägerin

Louise Puls, gb. Kratzsch.

In tiefster Trauer
Carl Puls u. Familie.
Lübeck, Ludwigstraße 71.
Beerdigung Mittwoch. Beginn der Trauerfeier 2¾ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (402

Ordentliche Waschfrau

gesucht. (409
Beckergrube 52, II.

Haushälterin

sofort gesucht. (411
Näheres in der Expedition d. Bl.

Ein Kinderwagen zu verkaufen.
394) Klapperstraße 14a, I.

Polstermöbel

395
werden gut u. sauber aufgearbeitet.
Näheres Steinrader Weg 32a, I.

Eleg. Damen-Maskenkostüme bill. zu vermieten. Wardorpstr. 34, pt.

Prima Bries

(Das billigste Feuerungsmaterial)
empfiehlt (410

Christian Gäde

Kontor: Fischergrube 4.
Ab Lager Drehbrücke ermäßigte Preise.

Akademischer Unterricht

in der Damenschneiderei von Frau K. Baisch, Damenschneidermeister, Große Burgstraße 27.
Unterricht im Musterzeichnen und Zuschneiden sowie praktische Verarbeitung sämtlicher Damen- und Kindergarderoben. (403
Daselbst eine Näherin gesucht.

Ohne Chlor.
Garantiert unschädlich.
Schneeweisse Wäsche.
Ueberall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.

Zur Einführung bis Ende 1914 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: 1 Taschenmesser oder 1 Schere usw. (101
10 „ 1echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel usw.

---

407 **Blauen Cheviot**
für Damen-Kleider und Knaben-Anzüge empfiehlt sehr billig.
Schneller Umsatz. — Kleiner Nutzen.
A. Studt, Krähenstraße 18.

Tanz-Unterricht

im

Neulauer-Hof!

Für Erwachsene beginnt am
Donnerstag, dem 22. Januar,
abends 9—11 Uhr ein Kursus. Anmeldungen im Lokal erbeten oder
Karpfenstraße 11a. 374

Konzerthaus Flora.

Gr. öffentliche Volksmaskerade

verbunden mit **Gesindeball**
399) **am Sonntag, dem 8. Februar 1914.**

Ein Maskenfest am Nordpol.

Holstenburg.

396) Zu meinem am **Dienstag, d. 20. Januar** stattfindenden

8jährigen Stiftungsessen

(Grünkohl und Schweinskopf) ladet alle Freunde und Bekannte freundlichst ein

Chr. Busch, Drögestr. 14.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bezirksversammlungen

finden statt:

Gewerkschaftshaus, Johannisstr., Montag, d. 19. Januar, ab. 8½ Uhr.
Neulauerhof, Arnimstraße, Dienstag, den 20. Januar, abends 8½ Uhr.
Vorwerk, beim Gastwirt **Stapelfeldt,** Freitag, d. 23. Januar, ab. 8½ Uhr.
Seerek, b. Gastwirt **E. Gerdts,** Sonnabend, den 24. Januar, ab. 8 Uhr.
Schlutup, Gasthof „Zur Linde", Sonnabend, d. 24. Januar, ab. 8½ Uhr.
Reiferhof, Fackenb. Allee, Donnerstag, den 29. Januar, abends 8½ Uhr.
Konzerthaus Flora, Rebenhofstr., Freitag, den 30. Januar, ab. 8½ Uhr.
Weißer Engel, Ratzeburger Allee, Freitag, den 30. Januar, abends 8½ Uhr.

Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:
1. Bericht des Genossenschaftsrats.
2. Wahl eines Genossenschaftsratsmitgliedes.
3. Verschiedenes.

In Seerek außerdem noch Stellungnahme zu dem 7½-Uhr-Ladenschluß.

Wir hoffen reges Interesse bei den Mitgliedern und deren Frauen vorauszusetzen zu können und bitten um zahlreichen Besuch.

379 **Der Vorstand.**

Am Dienstag, dem 20. Januar

beginnt unser

Inventur-Ausverkauf

Wir haben **große Posten Waren** zu **äußerst billigen Preisen** ausgelegt, teils bis **50 %** im **Preise ermäßigt.**

Handtücher ½Dtz. **1.75** u. **2.00** M **Gläsertücher** ½Dtz. **1.95** M
Barch. Knab.-Hemd. 60-70 cm Stück **35** ₰ 75-85 cm Stück **45** ₰
Knaben-Sweater Stück **95** ₰ u. **1.95** M. Wert 2.00 M. bis 4.00 M
Gestr. Damen-Hemden Stück **60** ₰ **Plaidtücher** Stück **90** ₰
Einsatz-Hemden 1.50 und **1.90** M Wert 2.50 M und 3.50 M
Schwere Futterhosen 1.50 M **Trikot-Untertaillen** Stck. **95** ₰
Malerkittel Stück **95** ₰ **Blaue Arbeitsblusen 1.10** M. schwere Qualität.
Konditor-Jacken 1.95 M. **Herren-Westen 1.30** und **2.00** M
Höschen mit Leibchen 1—9 **1.25** u. **1.50** M. Wert bis 3.50 M
Baumw. Arbeitshosen 1.75 M **Gestr. Leder-Hosen 2.50** M.
Buckskin-Hosen 1.95 und **3.20** M Wert 3.00 M. bis 6.00 M
Genua-Cord-Hosen 3.75 und **5.00** M Wert 6.00 M bis 8.00 M
Normal-Hemden und -Hosen . . . Stck. **95** ₰ **1.50** M. **1.95** M.
Baumw. Kleiderstoffe pr. Mtr. **40** ₰ **Blusenstoffe** pr. Mtr. **65** ₰
Ein Posten 100 cm Schürzendruck . . . . pr. Mtr. **55** ₰
Rodelmützen 50 ₰ **60** ₰ **Balltücher 1.50** M **2.00** M. **2.40** M.
Kinder- und Damen-Mäntel für jeden nur annehmbaren Preis.
Herren-Anzüge . . . . **12.00** M bis **33.00** M Wert 18—45 M
Herren-Paletots und Ulster teils für die Hälfte. (405

Außerordentlich günstiges Angebot:

Ein Posten fertiger Betten 22.50 27.00 35.00 u. **42.00** M.
Ein Posten Reste für Schürzen, Kleider, Bettbezüge usw.
teils für die Hälfte des regulären Wertes.

Ausserdem sind fast sämtliche regulären Waren im Preise ermässigt.

Bahr & Umlandt

Breite Straße 29|31.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 20. Januar
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1913.
3. Jahresbericht pro 1913.
4. Wahlen.
5. Bericht vom Kartell.
6. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
7. Verschiedenes.

Der Vorstand.

NB. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich. (406) D. O.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.50** Mk. (400

Ad. Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter
Fünfhausen 13 (102
Uhren, Gold- u. Silberwarenhandlg.

Neu-Lauerhof.

Am Mittwoch, dem 21. Januar:

3. Familien-Abend

Freie Jugend Lübecks.

Mittwoch, abends 8¼ Uhr:
Beginn des Vortragszyklus über
Klassiker und Freiheitsdichter.
Vortragender: **W. Bromme.**
Am Mittwoch:
Schillers Leben und Werke
mit 48 Lichtbildern.
401 **Der Jugendausschuß.**

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, d. 21. Januar 1914
abends 8 Uhr (393

im Kolosseum:

16. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**

Richard-Wagner-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:
Vorspiel zu Parsifal.
Tannhäuser-Ouverture.
Siegfried Rheinfahrt aus Götterdämmerung.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater

Künstlerische Leitung:
Dir. Fritz Hemberger.

Ausverkauft
war die Parole.
Nur eine Stimme!

Andres Gignac
Chas. Cherber
3 Herms
Brothers Derringtons
Lilly Baretta
Geschwister Zanettis
Ludwig Clermont
Alfonso Geissler
Ahmet-Ergi-Truppe

sind Weltattraktionen!
wie sie in Lübeck noch niemals geboten und worüber selbst der verwöhnteste Variété-Besucher aller Großstädte staunt.
Das **ist** und **bleibt** die beste **Reklame.**

Vorverkauf für die Abendvorstellungen: rechte Seite b. Sager, Kohlmarkt, linke Seite b. Nagel, Am Markt. (391
Anfang Wochentags 8¼ Uhr.
Sonntags 8 Uhr.

Neues Stadttheater

Montag, den 19. Januar 1914:
106. V. i. Voll-Ab. 18. V. i. Mont.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Martha.

Oper von F. v. Flotow.
Lyonel . . **Benno Kretschmer** a. G.
Große Preise.

Dienstag, den 20. Januar 1914:
107. Vorst. i. V.-A. 19. Vst. i. Dienst.-A.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Oberst Chabert.

Oper von H. W. v. Waltershausen.
Große Preise. (397

Mittwoch, den 21. Januar 1914:
Zum letzten Male:

Die Kino-Königin.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 15. Montag, den 19. Januar 1914. 21. Jahrg.

Staatswucher.

Im preußischen Dreiklassenhause hat Donnerstag der preußische Handelsminister recht charakteristische Bemerkungen über die Stellung des preußischen Fiskus zum Kohlensyndikat gemacht. Ihre Kennzeichen sind zweierlei Art. Einmal hörte man aus den Worten eine grandiose Naivität gegenüber wirtschaftlichen Mächten heraus, zum andern fällt der absolute Mangel jeder Energie und jeder selbständigen Stellung des preußischen Staates gegenüber einem der schlimmsten Wuchermonopole auf. Tatsächlich ist die preußische Fiskaltradition nichts anderes als das ernsthafte Bemühen, mit dem Staatsbesitz dem wuchernden Privatkapitalisten nicht wehe zu tun. Deswegen sind die preußischen Staatsbergwerke niemals eine ernsthafte Konkurrenz des Kohlensyndikates, im besonderen in Preisfragen, gewesen. Ja, wir haben es sogar erlebt, daß der Fiskus mit Preisheraufsetzungen den Kohlenherren vorauf gegangen ist, von gleicher Harmlosigkeit sind auch die Forderungen, die der preußische Handelsminister jetzt wieder als Voraussetzung für ein Zusammenarbeiten mit dem Kohlensyndikat skizziert hat. Der Handelsminister verlangt, daß das Rheinisch-Westfälische Syndikat auch die — staatlichen Saargruben in seine allein seligmachenden Arme mit aufnimmt! Das Syndikat dürfe auf keinen Fall die fiskalischen Bergwerke an der Saar bekämpfen. Preußen sorgt also für Vervollkommnung des Kohlenwuchers, damit die Staatsgruben die gleichen Geschäfte machen können wie die Kohlen-Aktiengesellschaften. Das nennt sich dann Staatswohl, Allgemeinwohl und Interesse der Konsumenten!

Man könnte sagen, die den Staat schädigende Methode der preußischen Regierung in praktischen Wirtschaftsfragen ist eine Ausnahme und eben nur möglich, weil es sich um Preußen handelt. Das stimmt aber nicht: Eben jetzt wird bekannt, daß der anhaltinische Fiskus in durchaus gleicher Richtung auf einem anderen Gebiete mit vielem Erfolg tätig ist. Das Reichskaligesetz von 1909 hat bekanntlich eine Hauptaufgabe darin gesehen, die Gründungstätigkeit in der Kaliindustrie einzuschränken und damit eine Verschleuderung deutscher Bodenschätze zu verhüten. Man führte dies Prinzip so durch, daß eine Karenzzeit für neue Kaliwerke geschaffen wurde, nach der der volle Anteil am Kaliabsatz dem Werke erst nach fünfjährigem Bestehen zugebilligt wurde. Von dieser Verpflichtung wurden die verschiedenen Fisci freigelassen. Der anhaltinische Fiskus, in dessen Gebiete große unerschlossene Kaliablagerungen zu finden sind, hat sich diese Ausnahmebestimmung in einer Weise zunutze gemacht, daß sie dem geriebensten Gründungsschieber zur „Ehre" gereichen. Der anhaltinische Fiskus hat keine Lust, selbst weitere neue Werke zu bauen. Er möchte aber auch sein Vorrecht geschäftlich ausnutzen. Schon ein Drittel fiskalischer Kapitalbeteiligung an einem privaten Kaliwerke genügt, um auf das Unternehmen den Segen der den Staatsunternehmungen vorbehaltenen Karenzfreiheit herabzuziehen. Man hat das nun einfach so in die Praxis umgesetzt, daß nachgewiesenermaßen der anhaltinische Fiskus von privaten Kaligründern sich das notwendige Kapitaldrittel leihen läßt, um sich an Kaliunternehmungen — eben dieser Gründer — zu beteiligen. Es ist sogar ein Vertrag bekannt, der zwischen dem herzog-anhaltinischen Landesfiskus und der Privatvermögensverwaltung des regierenden Fürsten eines anderen deutschen Bundesstaates abgeschlossen worden ist. Auch hier wieder borgt die Privatvermögensverwaltung das Geld, das zur Drittelbeteiligung des Staates notwendig ist, um Karenzfreiheit zu genießen, um also gleich nach Fertigstellung der Betriebsanlagen die volle Produktionsquote leisten zu dürfen! Auch hier wieder ist das fiskalische Interesse in seinem inneren Kern privatkapitalistisch aufgebaut auf der planmäßigen Ausbeutung der Allgemeinheit. Trotzdem stellen sich nahezu alle Tage Minister hin und sprechen ihre Verwunderung über die zunehmende Macht privater Wuchermonopole aus.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 17. Januar 1914.
193. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Zunächst wird auf Antrag der Geschäftsordnungskommission die Genehmigung zur Durchführung von Klagen gegen die Abgg. Schiffer (Z.), Davidsohn (SD.) und Behrens (WVgg.) versagt.

Es folgt die zweite Lesung des Etats für das

Reichsamt des Innern.

Gothein (Vpt.) beantragt, die Fragen der Sozialpolitik getrennt zu verhandeln, und zwar zuerst die Sozialpolitik

Scheidemann (SD.) schließt sich dem an.

Gröber (Z.) hält es für richtiger, zuerst die Wirtschaftspolitik zu verhandeln.

In der Abstimmung wird der Antrag Gothein angenommen. Für die Vorausbesprechung der Wirtschaftspolitik stimmen unter großer Heiterkeit der Linken nur die Konservativen, da das Zentrum einschließlich des Abg. Gröber sitzen bleibt.

Robert Schmidt (SD.): Einige allgemeine Betrachtungen über die Wirtschaftspolitik, die in enger Verbindung mit der Sozialpolitik stehen, möchte ich doch vorausschicken. Der gegenwärtigen Zeit der außerordentlich starken Depression des gesamten Erwerbslebens ist eine Zeit glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges vorangegangen. Aber dank unserer nationalen Wirtschaftspolitik haben die Arbeiter und die kleinen Erwerbstreibenden keinen Vorteil von dem wirtschaftlichen Aufschwung gehabt. Interessant für den Einfluß, den unsere Hochschutzzöllner ausüben, ist die Geschichte des Ankaufs des „Lokal-Anzeigers". (Präsident Kämpf: Ich möchte Sie doch ersuchen, sich an den Beschluß des Hauses zu halten.) Ich meine doch, daß der große Einfluß, den die wirtschaftlichen Interessengruppen, die der Zentralverband Deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte auf unsere Sozialpolitik haben, hier nicht außer acht gelassen werden darf. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Zentralverband Deutscher Industrieller versucht systematisch eine große Anzahl von Preßorganen in seine Dienste zu ziehen und Einfluß auf die Presse dadurch zu gewinnen, daß er literarische Bureaus einrichtet und die gesamte Presse mit seinen literarischen Erzeugnissen befruchtet. Zu dieser Beeinflussung der Regierung und der öffentlichen Meinung gehört auch der Versuch des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, den „Lokal-Anzeiger" in seinen Besitz zu bekommen. Es wird berichtet, daß der Reichskanzler persönlich an die großindustriellen Kreise herangetreten sei mit dem Wunsche, man möge dem Verlag Scherl die nötigen 10 Millionen zuführen, damit er nicht etwa in die Hände von Ullstein oder Mosse falle. (Hört, hört! bei den Soz.) Solche Umwege wählt die Regierung, um ihre Interessen durch Vermittlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller zu vertreten. Aus diesem Vorgang erklärt sich auch die Stellung des „Lokal-Anzeigers" während des Krupp-Prozesses und während der Zaberner Angelegenheit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was ist nun während der Periode des glänzenden wirtschaftlichen Aufschwunges der Arbeiterschaft für Nutzen zuteil geworden? Das Arbeitsverhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiter ist genau so betrübend wie vorher, ihre rechtliche Lage ist ebenso unerträglich, und die Art der Behandlung, die unsere deutschen Landarbeiter zu ertragen haben, führt zu fortgesetzten Beschwerden und zur Flucht der Arbeiter aus ihrer Heimat. Die Großgrundbesitzer mögen sich nicht darüber täuschen, daß sie auf die Dauer die deutsche Landarbeiterschaft nicht entbehren können. Sie werden auch aus Rußland nicht mehr den Zuzug bekommen in dem Maße, wie die russische Landwirtschaft sich entwickelt und die Arbeiter selbst braucht. — Und wie steht es mit den Industriearbeitern? Nur in schweren Kämpfen haben die Arbeiter durch ihre Gewerkschaft hier und da Vorteile errungen. Ich verweise auf die Lage der Bergarbeiter. Ein unerhörter Druck lastete auch während des wirtschaftlichen Aufschwunges auf den Bergarbeitern des niederschlesischen Bezirks. Im Laufe von drei Monaten des Jahres 1912 sind 2000 Bergarbeiter aus diesem Bezirk ausgewandert, vor allem, weil die Maßregelungen, die Bevormundung der Arbeiter unerträglich wurde. Nur dem energischen Vorgehen des Bergarbeiterverbandes war es zu verdanken, daß schließlich die Bergbehörde genötigt war, ihre strengen Maßnahmen einzustellen. Dazu kommt, daß der Lohn dieser Arbeiter weit geringer ist als z. B. der der Arbeiter im Dortmunder Bezirk. Wie traurig die Verhältnisse liegen, beweist die Tatsache, daß 142 Kinder in diesen Familien ohne Betten, auf Lumpen oder Stroh, schlafen müssen, die Säuglingssterblichkeit ist dort geradezu erschreckend; sie beträgt im Kreise Waldenburg 33,9 Prozent. (Hört, hört! bei den Soz.) Und da hat man es als unberechtigt bezeichnet, daß die Bergarbeiter in den Streik traten, um diese elenden Verhältnisse zu beseitigen. Der beste Lohn, der im deutschen Bergbau überhaupt gezahlt wird, ist 5,48 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Nirgends ist der Lohn so erhöht worden, daß die Erhöhung einen Ausgleich bietet für die Preissteigerung sämtlicher Bedarfsartikel ,die überall 10 Prozent beträgt. Das beweist, daß dieser wirtschaftliche Aufschwung nur den Kapitalisten zugute gekommen ist, und daß eine Berufsschicht, wie die der Bergarbeiter, die mit andauernd schwerer Arbeit belastet ist, keinen Vorteil davon gehabt hat. Was aber ist sozialpolitisch in dieser Periode des guten Geschäftsganges geboten worden? Da sehen wir nur ein außerordentlich zögerndes Vorgehen, ja einen Stillstand, und hier und da sogar einen Rückgang. Der Zentralverband Deutscher Industrieller und anderer Unternehmerorganisationen haben ihren Einfluß in der Presse benutzt, um ständig für den Stillstand in der Sozialpolitik Stimmung zu machen. Ein charakteristisches Zeichen für diesen Stillstand ist das vollständige Beiseiteschieben des Beirates für Arbeiterstatistik, der seit Jahr und Tag nicht mehr zusammenberufen worden ist. (Hört, hört! bei den Soz.) In seinen Erhebungen über die Lage im Fuhrwerksbetrieb hat er 16- bis 17stündige Arbeitszeit ohne jede regelmäßige Mittagspause festgestellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Da ist ein Eingreifen seitens der Regierueg geboten. Auch in der Binnenschiffahrt hat der Beirat für Arbeiterstatistik eine überaus lange Arbeitszeit und das Fehlen jeder Nachtruhe festgestellt. Nur auf dem Rheine ist durch die gewerkschaftliche Tätigkeit eine Regelung der Nachtruhe eingetreten. Ihre Einführung ist also möglich. Nicht nur die Angestellten, sondern auch der Bund der Schifferinnungen, also Unternehmer, fordern eine mindestens 5stündige Nachtruhe, das Reichsgesundheitsamt eine solche von 6 Stunden. Wenn gerade die kleinen Betriebe die Nachtruhe für durchführbar halten und sie fordern, so braucht man doch auf die Großbetriebe sicherlich nicht Rücksicht zu nehmen. Es ist doch ungeheuerlich, daß eine Arbeiterschicht sich gegen Zustände wenden muß, bei denen eine 34- und 36stündige Arbeitszeit die Regel ist, ja wo in einem Fall sogar eine 70stündige Arbeitszeit festgestellt wurde. (Hört, hört! bei den Soz.) Erhebungen über die Zustände in der Groß-Eisenindustrie sind dem Beirat nicht in die Hand gegeben worden, diese sind vom preußischen Handelsminister selbst veranlaßt worden. Man scheint eben die Arbeit des Beirats als unangenehm zu emp-

Die Honoratiorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hoefer.

(26. Fortsetzung.)

„Zu dienen, meine Gnädige, seit gestern," entgegnete er phlegmatisch, indem er zugleich einen Wiegestuhl an den Tisch schob und sich bequem hineinsinken ließ. „Ward auch Zeit! Das Rekruten-Dressieren verlangt größere Kraft, als ich sie besitze. — Aber die Gnädige hat bei der Vorstellung vergessen, uns ihre „Nachbarin" zu nennen." Und sein Glas ins Auge klemmend, richtete er auf Anna einen so langen und doch kalten Blick, daß sie aufs neue errötete. „Pardon, meine Gnädige," sagte er, ohne sein Auge abzuwenden, „ich bin sehr kurzsichtig."

„Vaterlandsverteidiger!" meinte Frau von Scharfenstein spöttisch. „Kraftlos und kurzsichtig! — Glauben Sie übrigens nicht alles, liebe Wehrmann, was der junge Herr Hauptmann hier von sich spricht — er kokettiert zuweilen mit seinen Eigenschaften. Uebrigens," brach sie ab, „habe ich gedacht, die Heren würden die Frau Doktor Wehrmann schon kennen. Es war wenigstens zu erwarten. Aber so sind unsere Herren, liebe Nachbarin! Interesselos und — nach einem Lieblingsausdrucke des Herrn Hauptmanns — monoton."

„Sie tun uns Unrecht, gnädige Frau," sprach Leo von Vogelsberg, der inzwischen auf einen Wink des Kameraden geklingelt hatte und, zum Tische zurücktretend, einen Stuhl an Annas Seite zog. „Ich habe die Frau Doktor Wehrmann schon lange dem Ansehen nach gekannt und bin neulich auch so glücklich gewesen, durch den Baron Lingelsheim in ihrem Hause eingeführt zu werden."

„Ja, Herr von Vogelsberg, Sie sind noch jung und noch nicht lange genug hier, um gleichfalls schon angesteckt zu sein. Aber warten Sie nur, es kommt schon!" bemerkte die Frau vom Hause im früheren Ton. „Sehen Sie sich doch diesen armen Mann an, wie er mit seiner — Monotonie ringt!"

Hamilton schaukelte sich phlegmatisch und hatte bisher das Auge — das Glas hatte er doch fallen lassen — nur bei einem flüchtigen Blicke auf die Scharfenstein oder den Kameraden von Anna momentan weggewandt. „Wehrmann?" sagte er jetzt gedehnt, „Wehrmann? In der Tat erinnere ich mich! Hatten, glaub' ich, vor drei, vier Jahren das Vergnügen, die Frau Doktor zuweilen in der Gesellschaft zu sehen? Sind aber seitdem verschwunden, Verehrteste! Dachte schon, würden vielleicht fortgezogen sein. Habe so wenig Verkehr in der Stadt, am wenigsten mit den Herren von den Gerichten oder anderen Beamten."

„Welche, so viel ich weiß, auch ihrerseits von solchem Verkehr zurückgehalten sind," warf Anna gereizt hin. Die Weise und der Ton des Mannes waren in der Tat herausfordernd gewesen.

Es flammte jäh durch sein kaltes Auge, aber er erwiderte nur in dem bisherigen gleichgültigen Tone: „Hat mir neulich auch schon Lingelsheim bemerkt —"

„Und da der Herr Baron von Lingelsheim für den Herrn Hauptmann eine unwiderlegliche Autorität zu sein pflegt, so schwört seitdem auch dieser letztere zu unserer Ansicht," fiel ihm Frau von Scharfenstein gemächlich ins Wort. Sie regte sich nicht aus ihrer Ecke, allein die feinen Brauen zeigten sich ein wenig zusammengerückt, und ihr Auge ruhte auf dem Offizier mit einem — man möchte sagen: bannenden Blick. „Wie ich Ihnen vorhin sagte," wandte sie sich in leichtem Tone an Anna, „dieser arme Mann kokettiert zuweilen, jetzt zum Beispiel mit seiner Blasiertheit und seiner Verehrung für Lingelsheim. Im Grunde freilich liebt er niemand, als sich selbst, und langweilt sich selbst und alle Welt. Nicht wahr, Hamilton?"

„Ich kapituliere, Gnädige," sagte Hamilton mit einem Versuche, zu lachen, der jedoch nicht völlig gelang. „Lingelsheim, Frau von Scharfenstein, Frau Doktor Wehrmann und die nicht abzuleugnende Langeweile — wie gesagt, kapituliere! Gegen eine solche Alliance streiten selbst Götter vergebens, geschweige denn ich müder Mensch."

„Sie versuchen dergleichen sonst oft, Hamilton," meinte die Frau vom Hause wieder im früheren, halb gemächlichen, halb spöttischen Tone. „Mit meinem Wunsche, daß Sie dieses unselige Schaukeln in Ihrem Stuhl aufgeben, sind meine Nerven und Ihre Galanterie gegen Damen alliiert, und dennoch fangen Sie stets wieder an. Könnte ich mich nur entschließen, den Stuhl fortsetzen zu lassen!"

„Tun Sie das, Gnädigste, 's wäre für uns alle ein Vorteil," erwiderte er, indem er aber zugleich den Stuhl zur Ruhe brachte. „Sie berauben mich aber meiner besten Erholung. Wenn Sie die Einrichtung einer Junggesellen-Wohnung kennten, so würden Sie, wie ich, in anderen Stunden und auswärts keine Bequemlichkeit zu bequem finden."

„Glauben Sie ihm nicht, meine Damen," warf Leo scherzend hin. „Er ist eingerichtet wie ein Sultan und verwendet seine ganze Gage, wett' ich, auf Anschaffung neuer, extra von ihm erfundener Möbel, das heißt Sessel, Diwans, Ottomanen, und wie sich dergleichen nennt. Man kommt in seinen Zimmern vor Sitz- und Liegeplätzen nicht zum Gehen und Stehen."

„Verleumdung!" versetzte Hamilton wieder phlegmatisch. „Bin aber zu abgespannt, um darauf zu antworten und das Ding ins rechte Licht zu setzen."

„In der Tat — es scheint Ihnen heute gar nicht gut zu gehen," bemerkte Frau Scharfenstein. „Ich glaube, man muß Ihnen ein wenig zu Hilfe kommen, mein Lieber, und Sie selber ins rechte Licht setzen," fuhr sie fort und stand auf. „Wie wär' es, wenn wir eine kleine Partie machten?"

„Spielt die Frau Doktor?" fragte Hamilton mit einem gewissermaßen mißtrauischen Blicke zu Anna hinüber.

„Wenn wir einmal herumgespielt haben, werde ich wieder in Uebung sein," versetzte sie ruhig und stand gleichfalls auf.

Frau von Scharfenstein glitt durch das Gemach, um zu klingeln, und gab der hereintretenden Zofe den Auftrag, den Spieltisch aufzustellen und das Teegeschirr fortzunehmen. Während das Mädchen dabei beschäftigt war, bewegten sich die Viere im Zimmer umher, plauderten, besahen eines der wenigen, aber schönen Bilder, und Anna wandte sich endlich dem Blumentische zu, der reich besetzt nahe am Fenster stand, und dessen Gruppe von leuchtenden Blüten und üppigem Grün wohl eines aufmerksameren und kundigeren Blickes wert gewesen wäre, als die junge Frau, zumal in diesem Augenblicke, ihm zu gönnen vermochte. Denn sie war kaum hingetreten, als Vogelsberg auch schon neben ihr stand.

„Edeltrud!" flüsterte er in einem so bebenden Tone, daß es ihr bis ins Herz drang. — Das Mädchen klapperte mit den Tassen, das andere Paar stand am entgegengesetzten Ende des großen Zimmers, nahe dem Kamin-Ofen.

Anna beugte sich tief auf die nächste Blume. „Ist sie nicht schön?" fragte sie laut und setzte rasch und leise hinzu: „Ich beschwöre Sie, Herr von Vogelsberg —"

„Es achtet niemand auf uns," erwiderte er. „Hamilton und Frau von Scharfenstein haben andere Affären vor. — Ich mußte Sie einmal nennen — Edeltrud! — Sie wissen nicht, was mir diese fünf Tage gewesen sind! — Und hätte ich nicht die Aussicht auf heute abend gehabt —"

Sie schaute betroffen, flüchtig zu ihm auf, aber sie fragte nicht, und ihr Auge senkte sich so schnell wieder, daß er kaum den einen Blick erfaßt hatte.

„Ich konnte es nicht ertragen, so sehr wenig von Ihnen zu hören und zu sehen," fuhr er rasch und leise fort. „Ich mußte einmal wieder Ihr Auge sehen, Ihre Stimme hören. In Ihr Haus darf ich ja nicht — Sie haben es mir nicht erlaubt. Und da ich wußte, daß Sie Frau von Scharfenstein kannten, fragte ich sie kürzlich, weshalb man denn bei ihr nicht einmal mit Ihnen zusammenträfe —"

„Unbesonnener!" murmelte Sie

alle sozialpolitischen Fragen Erhebungen zu veranstalten hat, nicht nur über die Arbeitszeit. Als Gutachter und zur Auskunftserteilung müßten vor allem auch die Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden. In der aktuellen Frage der internationalen Regelung des Schutzes der Jugendlichen hat die deutsche Regierung auf der Berner Konferenz sich leider auf den rückständigen Standpunkt gestellt, der Schutz sei nur bis zum 16. Jahre auszudehnen. Wir wünschen, daß die Regierung in diesem Jahr auf der Konferenz eine andere Stellung einnehmen und sich nicht nach den Weisungen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller richten möge. Bedauerlich ist, daß wir in bezug auf den Schutz der Jugendlichen so viele Ausnahmen zugelassen haben. In der Glashüttenverordnung z. B. tritt die Anschauung hervor, die Nachtarbeit der Jugendlichen sei gar nicht zu entbehren. Die Arbeiter stehen ausnahmslos auf dem entgegengesetzten Standpunkt. — Das Heimarbeitergesetz besteht seit zwei Jahren. Aber noch immer wird den Heimarbeitern nicht eine Aufstellung über den ihnen zukommenden Lohn und ein Lohnbuch gegeben. Soll denn die Schlamperei in den großen Betrieben mit Hunderten und Tausenden von Heimarbeitern für eine innere Notwendigkeit erklärt werden?! In den gesundheitsschädlichen Betrieben hätte man mit Hilfe des Gesetzes eingreifen müssen. Nichts ist geschehen. Nur für das Tabakgewerbe ist eine Verordnung erlassen worden, in der aber erlaubt wird, Tabak in Wohn- und Schlafräumen zu zupfen, und in der der Luftraum von 10 auf 7 Kbm. herabgesetzt ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Alle sanitären Einrichtungen für den Heimarbeiter sind dadurch wieder in Frage gestellt. Die Heimarbeit in der Tabakindustrie müßte vollständig verboten werden. Die Arbeiter würden dadurch nicht beschäftigungslos werden, sondern die Unternehmer müßten zu einer anderen Betriebsform übergehen (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aehnlich liegt es in manchen Zweigen der Glasfabrikation, z. B. bei der Herstellung der Uhrengläser. Bei der Beratung des Heimarbeitergesetzes wiesen wir auf die in England eingerichteten Lohnkommissionen hin. Damals sagte man, man müsse erst den Erfolg dieses Versuches abwarten. Jetzt, nach zwei Jahren, dürfte doch die Zeit der Erwägungen vorüber sein, und man sollte der Einrichtung von Lohnkommissionen und Fachausschüssen näher treten. (Zust. b. d. Soz.) Außerordentlich gefährdet sind die Arbeiter, die mit Bleiweißfarben zu tun haben. Eine Enquete aus dem Jahre 1907 zeigt, wie ungeheuer oft diesen Arbeitern jede Gelegenheit fehlt, sich vor dem Essen zu reinigen. Dabei ist der einzige Schutz vor der Ansteckung die peinlichste Reinlichkeit. Fehlt diese, so gibt es kein anderes Mittel, als das völlige Verbot der Verwendung von Bleiweiß. Vor allem muß dies Verbot in der Heimindustrie ausgesprochen werden. — Im Baugewerbe ist die Zahl der Unfälle ganz außerordentlich groß. Die freien Gewerkschaften haben auf der Baufachausstellung gezeigt, wie es möglich ist, durch Schutzvorrichtungen die Unfallzahl herabzumindern. Hier genügen aber nicht Unfallverhütungsvorschriften, sondern sie müssen auch kontrolliert werden. Und dazu fordern die Arbeiter die Mitwirkung von Arbeitern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — In die Gastwirtsverordnung müßten auch die Hotelboten, die im Fahrstuhl Beschäftigten einbezogen werden. Es ist doch wirklich eine geringe Forderung, ihnen diesen minimalen Schutz zu gewähren. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß eine Art passive Resistenz im Reichsamt des Innern vorhanden ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auf der andern Seite sehen wir, wie man Gesetzgebung und Rechtsprechung zu gunsten der Kapitalisten gegen die Arbeiter zu beeinflussen sucht. Den Unternehmern ist gestattet, in ihren Verbänden Zwang auf die Außenstehenden auszuüben, die Arbeiter werden wegen Erpressung verurteilt, wenn sie versuchen, von dem ihnen gewährleisteten Recht der Koalition Gebrauch zu machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Arzt, der einen andern als Streikbrecher bezeichnet, wird freigesprochen, von demselben Oberlandesgericht wird ein Arbeiter wegen des Gebrauches des Wortes „Streikbrecher" verurteilt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und da hofft das Zentrum noch immer, daß wenn das Strafgesetzbuch verschärft wird, Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig davon betroffen werden. Nie hat die Rechtsprechung auf einem so tiefen Niveau gestanden, wie gegenwärtig. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Zeit des Sozialistengesetzes hatten die Richter wenigstens das Gesetz für sich, heute aber finden wir die deutliche Absicht, im Interesse einer bestimmten Klasse die Rechtsprechung dienstbar zu machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Diese generelle Behauptung dem deutschen Richterstande gegenüber kann ich nicht zulassen.

Schmidt (Berlin): Wenn ich sie generell ausgesprochen haben sollte, so will ich mich berichtigen. Es wäre allerdings sehr traurig um Deutschland bestellt, wenn nicht auch in Richterkreisen sich der Ekel geltend machte gegen diese einseitige Rechtsprechung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Brutaler und roher als ich es gekennzeichnet habe, kann sich die kapitalistische Ausbeutung nicht gebärden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Doormann (VP.): Weder von einem übereilten Tempo der Sozialpolitik, noch von einer Stagnation auf diesem Gebiete kann meines Erachtens die Rede sein. Tatsächlich ist in der Praxis der Sozialpolitik noch nie soviel gearbeitet worden, wie in den beiden letzten Jahren. Allerdings muß Verwunderung erregen, daß einzelne Fragen noch immer nicht weiter gekommen sind, z. B. die Regelung der Arbeitszeit in den Wäsch- und Plättanstalten und bei der Feuerwehr. In der Binnenschiffahrt freilich unterschätzt der Vorredner die Schwierigkeiten. Auf der Oder sind es gerade die kleinen Schiffer, die sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit wenden. — Gegen die Berufskrankheiten sollte mehr als bisher geschehen. Das Tarifrecht bedarf dringend der Regelung. Wir sind für jeden stetigen Fortschritt in der Sozialpolitik zu haben und sind der Ueberzeugung, daß in der Hand des jetzigen Staatssekretärs die Sozialpolitik gut aufgehoben ist. (Bravo! b. d. Vpt.)

Die Weiterberatung wird vertagt auf Montag 2 Uhr.
Schluß: 2¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Freikonservative Mandatsschmerzen.

In den nächsten Tagen voraussichtlich wird der Reichstag das Mandat des Reichsverbandsgenerals v. Liebert kassieren und damit schmelzen die kümmerlichen Reste der Reichspartei noch mehr zusammen. Wenn demnächst auch der Landrat v. Halem fliegt, dann werden sich die Gamp und Arendt doch recht vereinsamt fühlen. Kein Wunder, daß sie alles aufbieten wollen, Herrn v. Liebert wieder zu bekommen. Die „Post" veröffentlicht bereits ein Stimmungsbild aus dem Wahlkreis Borna-Pegau. Einige Unrichtigkeiten mögen zunächst richtiggestellt werden. Herr v. Liebert kam nur mit einem Vorsprung von 100 Stimmen statt des nationalliberalen Kandidaten in die Stichwahl. Aber nicht, wie die „Post" behauptet, die Nationalliberalen haben die Wahl angefochten, sondern die Sozialdemokraten. Es ist auch nicht richtig, daß die Wahlprüfungskommission das Mandat mit Mehrheit für ungültig erklärt hat, das geschah vielmehr einstimmig; auch die beiden Konservativen stimmten dafür.

Sofort versuchten nun die Anhänger Lieberts im Wahlkreis eine Kompromißkandidatur zustande zu bringen; der Kompromißkandidat aber sollte Liebert sein. Wenn die Nationalliberalen sich nicht selbst aufgeben wollten, dann mußten sie dieses Kompromiß ablehnen. Wir hätten keinen Anlaß gehabt, eine solche Kompromißkandidatur zu bedauern, denn Liebert ist in dem Wahlkreis persönlich so wenig beliebt, daß bestimmt damit gerechnet werden konnte, daß die linksstehenden bürgerlichen Wähler auf keinen Fall für ihn gestimmt hätten. Das wußten natürlich auch die Nationalliberalen, die deshalb wieder ihren früheren Kandidaten aufgestellt haben und auch bereits in die Wahlagitation eingetreten sind. Das wird den Nationalliberalen nun besonders übelgenommen, die „Post" macht ihnen den Vorwurf, daß sie das Mandat der Sozialdemokratie ausliefern wollen. Das wollen sie nun aber ganz bestimmt nicht, aber sie wollen Liebert verdrängen und rechnen damit, daß im Falle einer Stichwahl die Liebertmänner für den Kandidaten der Nationalliberalen stimmen. Trotzdem erhebt die „Post" den Vorwurf:

„Deutlicher kann sich der Mandatshunger der Partei Bassermann kaum enthüllen. Wäre es ihr ernstlich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie zu tun, würde sie darauf verzichtet haben, das Mandat eines Mannes zu bekämpfen, der die von den Parteigängern der Umsturzbewegung am meisten gehaßte und gefürchtete Organisation zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Leben gerufen und der sich selbst zu jeder Zeit als ein energischer Vorkämpfer des nationalen Gedankens bewährt hat."

Die Bedeutung des Herrn v. Liebert wird hier ganz gewaltig überschätzt. Der von ihm geleitete Reichsverband ist weder die von der Sozialdemokratie am meisten gehaßte noch am meisten gefürchtete Organisation. Der Reichsverband hat ganz bestimmt in den ersten Jahren seiner Tätigkeit mit der Art, wie er den Kampf führte, auf die nichtdenkende Masse einen gewissen Eindruck ausüben können. Je mehr man aber erkannte, wes Geistes Kind dieser Reichsverband ist, desto mehr haben sich denkende Politiker fast aller Parteien von ihm abgewandt und heute weiß man, daß der Reichsverband eigentlich nur noch die Wahlorganisation der Reichspartei darstellt. Bei den letzten Reichstagswahlen hat aber diese Wahlorganisation derart versagt, daß die Reichspartei selber mehr als die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt hat. Die Tätigkeit des Abg. Liebert hat sich im Reichstag wesentlich auf kolonialem Gebiet bemerkbar gemacht, und gerade mit dieser Tätigkeit dürfte man in den weitesten Kreisen nicht einverstanden sein, denn dem Abg. v. Liebert wurde gerade wegen seiner Betätigung in kolonialen Fragen sowohl im Reichstag als auch in der Oeffentlichkeit Vorwürfe gemacht, die nicht gerade geeignet erscheinen, seine Persönlichkeit sympathischer erscheinen zu lassen. Soviel steht jedenfalls fest, daß der Wahlkampf in Borna-Pegau von ganz ungewöhnlicher Heftigkeit sein wird, denn wenn die Reichsverbändler nicht einmal das Mandat ihres obersten Führers erhalten können, dann haben sie überhaupt völlig ausgespielt, und es ist sehr bezeichnend, daß man sich mit der Bitte um Unterstützung an die Nationalliberalen gewendet hat, die gerade vom Reichsverband in der letzten Zeit in der heftigsten Weise angegriffen worden sind.

Folgen der Agrarpolitik.

Bei der Beratung des Landwirtschaftsetats in der Budgetkommission des preußischen Dreiklassenhauses wies ein Fortschrittler darauf hin, daß der Viehbestand in Preußen in den letzten Jahren um 155000 Stück und im Reiche um 500000 Stück zurückgegangen sei. Von den Agrariern wurde dagegen eingewendet, daß dies auf die Dürre und die Viehseuchen vor einigen Jahren zurückzuführen sei. Dem hielt der Fortschrittler wieder entgegen, daß die Statistik die Unrichtigkeit dieser Behauptungen beweise und daß sich vielmehr ganz klar aus den Zahlen ergebe, daß der Beginn des Rückganges der Viehzucht genau zusammenfällt mit der Einführung der Einfuhrscheine, die den Körnerbau zum Nachteil der Viehzucht begünstigt und Deutschland zu einem Getreide-Ausfuhr-Land gemacht haben. Der Minister wußte demgegenüber nichts anderes anzuführen, als daß der Großgrundbesitz für die Qualität des Viehes von großer Bedeutung sei.

Ueber die Fleischenquete im Reich teilte der Minister mit, daß sie ja praktische Ergebnisse nicht erzielt habe, daß aber Uebertreibungen berichtigt worden und die einzelnen Gruppen einander nähergekommen seien. Die Einfuhr russischen Fleisches nach Berlin höre am 1. April auf. Er werde aber, wenn wieder eine solche Teuerung wie 1912 eintreten sollte, abermals zu solchen Maßnahmen greifen, die doch eine vorübergehende Erleichterung geschaffen hätten.

Es wurde auch über die Frage der ausländischen Landarbeiter viel gesprochen. Bezeichnend genug ist, daß es die Liberalen waren, die Besorgnisse äußerten, daß die Regelung der Auswanderung in Oesterreich und die von Rußland angekündigte Maßnahme gegen den Zuzug russischer Saisonarbeiter nach Deutschland die deutsche Landwirtschaft um ihre Arbeiter bringen könnten! Der Minister v. Schorlemer erklärte, daß Rußland zunächst noch durch den geltenden Handelsvertrag zur Ausstellung von Landarbeiterpässen mit 10½ Monaten Gültigkeit verpflichtet sei, und daß die Regierung bereits mit Oesterreich verhandele, um für den

---

„Nicht doch, gnädige Frau! Hier dürfte ich es wagen. Frau von Scharfenstein grübelt und lästert nicht; sie hat sich, wie ich weiß, längst zu Ihnen gezogen gefühlt, und als sie etwas Aehnliches aussprach, ergriff ich die Gelegenheit zu meiner Bemerkung. — Heute mittag sagte sie mir auf der Promenade: „Sie kommt am Abend — ich freue mich darauf. — Seltsam —" und mit noch leiserer wiederum bebender Stimme setzte er hinzu: „O Edeltrud! — Mein Glück war so groß, meine Sehnsucht so heiß, daß ich weder an die Wirklichkeit des einen, noch an die Stillung der anderen glaubte, bis ich hier eintrat, bis ich Sie sah, bis ich neben Ihnen stand. Und doch — ich darf ja nicht einmal Ihre Hand küssen oder in Ihr Auge sehen!"

Sie sah noch einmal auf und ihn an, flüchtig und scheu, und durch das feine gerötete Gesicht glitt etwas, fast wie ein finsterer Zug. Dann wandte sie sich ab, dem Zimmer zu, wo inzwischen der Spieltisch aufgestellt worden. „Törichter Mensch!" murmelte sie.

Am andern Ende des Gemachs zwischen dem zweiten Paar, welches dort, wie schon gesagt, sich neben dem Ofen hielt, hatte zu gleicher Zeit ebenfalls ein rasches und lebhaftes Gespräch stattgefunden, von dem aber gerade so wenig laut wurde, wie von dem eben belauschten zwischen Anna und dem Leutnant.

„Ich glaubte, Sie würden heute abend beim Major sein", bemerkte Hamilton, indem er der Dame zu dem angegebenen Platz verhalf, „allein Vogelsberg behauptete, Sie wären daheim, und zog mich mit sich. Der junge Mann hat einen achtungswerten Instinkt für dergleichen, muß man sagen, der von großem Vorteil für ihn sein kann. Apropos!" — und seine Stimme sank zum Flüstern hinab, obgleich sie dennoch eine von dem kalten Manne gar nicht zu erwartende Heftigkeit bekundete, — „apropos, wo denken Sie hin, Lucie, daß Sie uns diese kleine Bürgerdame offerieren? Wie kommen Sie zu dieser jämmerlichen aller seltsamen Bekanntschaften —"

„Die Ihre hoffentlich nicht mitgerechnet, Henry?" unterbrach sie ihn mit Hohn.

„Bitte, chamieren Sie sich nicht!"

„Ich dächte, die Dame könnte gegenwärtig mir besser an als Ihnen, Henry!"

„Begreife Sie nicht, Lucie, auf Ehre! Sind sonst die Weiblichen von uns allen und jetzt plötzlich in einer Weise interessiert, die mich überrascht. Lieber Gott, wollten Sie einmal etwas Neues versuchen, — 's gibt euch unter uns Menschenkindern genug, damit mich, bei denen man sich im Lachen und Erinnern über kann."

„Von denen Sie hoffentlich sich selbst nicht ausnehmen, Henry?" fragte sie wieder voll Hohn.

„Sie wissen, daß ich mich Ihnen völlig preisgebe, Lucie. Aber was gegen meine Natur ist" — er zuckte die Achseln und setzte dann hinzu: „Ich dächte, Vogelsbergs Roman hätte sich auch auf einem andern Terrain zu Ende führen lassen."

Sie hatte sich an den Ofen gelehnt; ihre Haltung war so weich und nachlässig, ihr Gesicht so sanft und harmlos, daß keiner, der sie von fern beobachtet, auf die Worte geraten haben würde, welche jetzt von den feinen weichen Lippen zu ihrem Begleiter hinüber klangen: „Ich weiß von keinem Romane, Herr von Hamilton, und ich fürchte auch nicht, daß man mich eine Rolle in einem solchen spielen läßt. Ich liebe das nicht, wissen Sie. Sagen Sie das dem Herrn Kameraden. Ich weiß jetzt nur, daß Frau Doktor Wehrmann von mir eingeladen, mein Gast ist, und daß ich Ungezogenheiten gegen dieselbe, wie ich sie dorthin gesehen und vernommen, und wie sie vielleicht auch noch ferner beabsichtigt sein könnten, unter keinen Umständen dulde. Nicht wahr, mein Herr, Sie sind so freundlich, daran zu denken? Sie kennen mich ja so lange und so genau." — Und sich aufrichtend, setzte sie in gänzlich verändertem Tone und laut genug, um von dem anderen Paare vernommen zu werden, heiter hinzu: „Vorwärts Herr Hauptmann! Der Tisch ist paret, lassen Sie uns ziehen."

Er verbeugte sich respektvoll, ging ihr mit einem fast elastischen Schritt zum Tische voraus, breitete die Karten aus und sagte mit einer artigen Handbewegung gegen die sich gleichfalls nähernde Anna: „Wenn es beliebt, gnädige Frau —"

„Sie müssen freundliche Nachsicht mit mir haben", bemerkte Anna, noch befangen von dem eben Vernommenen und noch mehr, da sie sah, daß ihre Karte sie mit Hamilton zusammenführte.

„Bah, bah, wir sind alle keine Meisterspieler", antwortete die Frau vom Hause munter, indem sie Platz nahm. „Der Herr Hauptmann koketiert freilich an damit seinem Spiele, ist aber viel zu — müde, um gegen den Erfolg nicht völlig gleichgültig zu sein. Nun halten Sie sich brav, Vogelsberg, und machen Sie mein beharrliches Unglück gut. Es fängt schon an. Ich glaube wahrhaftig, Hamilton, Sie suchen mir beim Geben die Karten zur besonderen Strafe aus."

„Wollt', ich könnt's," gab er, behaglich zurückgelehnt, zur Antwort; „verdienen würden Sie's für all den Spott, dessen Sie sich gegen mich Wehrlosen befleißigen. Kann's aber leider nicht, würde zuerst ein wenig an mich denken. Ganz recht, sogar fein gespielt, Frau Doktor," fügte er, gegen Anna gewandt, hinzu, welche beim Aufnehmen einer Karte unschlüssig zu ihm hinübersah. —

Das Spiel nahm seinen gewöhnlichen Verlauf und die Unterhaltung auch. Die Stimmung der Teilnehmenden wurde eine immer freiere und behaglichere. Hamilton nahm sich, mochte er innerlich dabei auch nichts weniger als umgestimmt und nachgiebig sein, auf das ernstlichste zusammen und machte, so gut es sein ihm zur Gewohnheit gewordenes, gesucht phlegmatisches und kaltes Wesen erlaubte, den liebenswürdigsten Gesellschafter. Vogelsberg floß über von lustigen und guten Einfällen. Die Wirtin blieb nicht zurück, und auch Anna fühlte sich mit fortgerissen und überließ sich immer weniger der Träumerei, die im Anfang noch von Zeit zu Zeit sie leise durchzog und ihre Blicke zuweilen scheu, flüchtig und sinnend zu dem hinübergleiten ließ, an dessen Worte sie sich nicht erinnern wollte, die sie jedoch nicht vergessen konnte, — jene Worte, welche sie vor sich selber töricht nannte, und die dennoch ihr Inneres bewegt hatten, mehr als sie es für möglich hielt. Jetzt lachte und scherzte sie, fortgerissen, wie gesagt, durch die Lust der andern. Sie nippte herzhaft vom Champagner, den Hamilton aus der neben ihm im Kübel stehenden Flasche ihr mit den Worten fleißig einschenkte: „Kosten Sie, Gnädige! Frau von Scharfenstein beweist selbst in der Wahl ihrer Weine einen äußimables Geschmack!" — Ihre Augen glänzten, ihre Wangen glühten. Wie ist es hier doch so himmlisch anders, dachte sie, als in den Tee-Gesellschaften der „guten Familien" meines Mannes! Selbst mit Hamilton war sie fast versöhnt und nur zu geneigt, anzunehmen, er habe sich doch erst versichern müssen, wie sie sei, ob sie hierher passe. Das ist natürlich bei meiner Zurückgezogenheit, bei meiner unglücklichen Stellung, dachte sie wieder.

„Kennen Sie Lingelsheim's neueste Geschichte — seinen neuesten Korb, meine ich?" fragte Hamilton, indem er beim Geben die Blätter mit nachlässiger Grazie austeilte.

„Seinen neuesten Korb? Ist er denn reich an dergleichen?" rief Anna lachend.

„Wissen Sie das nicht, Gnädige, und kennen ihn doch? Aber ich vergesse, er selbst wird Ihnen von dergleichen allerdings nicht erzählen. Also auch Sie nicht, Dame von Scharfenstein? Eh bien! Also auf dem sogenannten „Zauberfest" — ich versichere übrigens, „parole d' honneur"! Die Damen haben durch ihre Abwesenheit doch etwas verloren, und wäre es auch nur das Lachen über all die Kleinstädtereien und Kuriositäten, welche dabei zu Platz kamen."

„Sie sind auch nicht dort gewesen?" fragte Anna ziemlich überrascht die Wirtin.

(Fortsetzung folgt.)

Fall der Annahme des dort eingebrachten Auswanderungsgesetzes die „berechtigten Ansprüche des Deutschen Reiches sicherzustellen“. — Herr v. Schorlemer hält es also für einen berechtigten Anspruch des Deutschen Reichs, die Bürger des verbündeten Oesterreichs, wenn sie als Landarbeiter nach Preußen kommen, als rechtlose Heloten behandeln zu lassen, die für jeden Widerstand gegen die Profitgelüste und Rücksichtslosigkeiten der Junker über die Grenze geworfen werden können.

Auf eine Anfrage teilte die Regierung noch mit, daß die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften jetzt überall die erforderlichen Unfallverhütungsvorschriften erlassen und genügend Aufsichtsbeamte angestellt hätten.

Krisis bei den Mainzer Fortschrittlichen.

Aus der einst sehr kräftigen demokratischen Partei in Mainz war auch bei der allgemeinen Wandlung eine fortschrittliche Volkspartei geworden, die bald, je nach Konstellation, nationalliberal oder ultramontan — oftmals auch in beiden Farben — schillerte. Dieses charakterlose Dasein fristete die fortschrittliche Organisation jahrelang, bis bei der letzten Stadtverordnetenwahl im Dezember vorigen Jahres die besseren Elemente diesem Treiben ein Ende bereiteten und sich entschlossen, auf die Seite der Sozialdemokraten stellten, während die offizielle Parteileitung sich dem schwarzblauen Block zugesellte. Nach der eklatanten Niederlage, die diese gemischte Gesellschaft bei den Stadtratswahlen am 4. Dezember erlitt, wollte die Parteileitung eine „reinliche Scheidung“ herbeiführen. Doch es kam anders, als die Herren wünschten und vermuteten. Die einberufene Generalversammlung entschied zugunsten der demokratisch gesinnten Mitglieder und setzte den seitherigen Geschäftsmachern den Stuhl vor die Tür. Und als auch der Appell an den Landesausschuß nicht die erhoffte Wirkung hatte, gründeten diese sonderbaren „Fortschrittler“ unter Führung des Rechtsanwalts Soldau einen neuen Verein und fordern jetzt das „fortschrittlich gesinnte Bürgertum“ in der Presse auf, dieser neuen Vereinigung beizutreten.

Die „Zuspitzung“ der Zustände in Elsaß-Lothringen.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hatte vor einigen Tagen einen Bericht des Generalkommandos Zabern vom 5. Dezember 1903 veröffentlicht, durch welchen sie die Behauptung zu widerlegen suchte, „daß die Zuspitzung der Verhältnisse in Zabern lediglich bestimmten bisher dort in Garnison befindlich gewesenen militärischen Persönlichkeiten zur Last zu legen sei“. Es werden in dem Bericht Vorkommnisse kleinlicher Art aufgezählt, wie sie in jeder Garnison alltäglich vorkommen. Daß das Kanzlerblatt mit diesem Bericht keinen Eindruck gemacht hat, steht fest. Selbst die ultramontane „Germania“ erklärt dazu: „Die Vorgänge sind gewiß bedauerlich, aber sicherlich würden sich auch aus anderen kleinen Garnisonen für die Vergangenheit wie für die Gegenwart Beweise beibringen lassen für Ausschreitungen von jungen Burschen gegen mißliebige fremde Unteroffiziere, die gegen einen Ortsangesessenen vorgegangen sind. Ueberdies bekundet auch der Bericht des Garnisonkommandos von 1903, von einer Mißstimmung zwischen dem Militär und der Bürgerschaft sei absolut keine Rede. So war es auch die letzten zehn Jahre hindurch, und darin könnte die „Nordd. Allg. Ztg.“ allenfalls „ein System“ erblicken.“

Der „Post“ wird aus Straßburg gemeldet, daß ein Wechsel in den leitenden Stellen des elsaß-lothringischen Ministeriums bevorstehe. Als Nachfolger des Statthalters werde mit großer Bestimmtheit der Kommandierende General des 14. Armeekorps Frhr. v. Hoyningen-Huene und als Nachfolger des Unterstaatssekretärs der Justiz der langjährige Präsident des Oberlandesgerichts Molitor genannt. Als kommender Mann für das Ministerium des Innern gelte der Bezirkskommandeur von Metz Frhr. von Gemmingen, als Nachfolger des Staatssekretärs Zorn v. Bulach sei der Bezirkspräsident von Colmar, Herr von Puttkamer, anzusprechen.

Prozeß gegen den „Zaberner Anzeiger“.

Der „Zaberner Anzeiger“ hatte am 2. Januar berichtet, Leutnant v. Forstner und Leutnant Boettge vom 99. Infanterie-Regiment hätten Soldaten dieses Regiments schwer mißhandelt. Die „Süddeutsche Korrespondenz“ beeilt sich nun, die Nachricht in die Welt zu setzen, die Anschuldigungen des „Zaberner Anzeigers“ seien völlig haltlos und das Ermittlungsverfahren gegen die beiden Offiziere sei eingestellt worden. Die Akten seien jedoch der Staatsanwaltschaft zugeführt zur weiteren Veranlassung gegen den „Zaberner Anzeiger“ wegen wissentlich falscher Anschuldigung.

Aus der Partei.

Die Jagd nach roten Kranzschleifen wird von der Breslauer Polizei munter fortgesetzt. Am Sonnabend wurde eine Genossin auf dem freireligiösen Friedhof beerdigt. Unweit des Friedhofes warteten mehrere Beamte auf die Ankunft des Trauerzuges und beschlagnahmten von zwei Kränzen die roten Schleifen, um sie nach der Polizeiwache mitzunehmen. Der Vorfall löste allgemeine Erbitterung aus.

Der erste sozialdemokratische Bürgermeister in Holland. Das Parlamentsmitglied K. ter Laan, Mitglied der Haager Gemeindevertretung, ein Bauernsohn und früherer Lehrer, ist zum Bürgermeister der Hafenstadt Zaandam, die seit kurzem eine sozialistische Mehrheit in der Gemeindevertretung besitzt, ernannt worden. Mit dem Genossen K. ter Laan tritt ein Mann mit großen Kenntnissen auf dem Gebiete der Kommunalpolitik und ein sehr überzeugungstreuer und energischer Sozialdemokrat das Bürgermeisteramt an. In der Haager Stadtverordnetenversammlung tat er sich besonders hervor als Befürworter einer weitgehenden sozialen Schulpolitik, während er im Parlament neben den Unterrichtsfragen insbesondere das Ressort des Kriegsbudgets behandelte und sich dabei stets als ein sehr scharfer Antimilitarist zeigte. In der Partei gehört er der mittleren Richtung an. In seinem bisherigen Wohnort Haag war er bei den Arbeitern überaus beliebt wegen seiner opferreichen und unermüdlichen Tätigkeit in unserer Bewegung.

Der Begründer der ersten holländischen politischen Arbeiterorganisation gestorben. Im Alter von 72 Jahren starb in Amsterdam das liberale Parlamentsmitglied Heldt. Mit dem Namen Heldts ist ein Teil der Geschichte der holländischen Arbeiterbewegung verknüpft. Heldt war von Beruf Schreiner. Er war der Gründer der ersten zentralen politischen Arbeiterorganisation in Holland. Er trat anfänglich auch der Internationale bei, wandte sich dann aber nach der Niederlage der Pariser Kommune vom Sozialismus ab und gründete 1872 den Allgemeinen Niederländischen Arbeiterverband. Diesem Verbande gehörten im Anfang auch die sozialistischen Elemente an, die damals noch keine eigene Organisation bildeten, sowie übrigens auch die christlichen Arbeiter. Als es dann aber den Sozialisten nicht gelang, den Verband für die Förderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und für eine selbständige Arbeiterpolitik zu gewinnen, wandten sie sich im Jahre 1873 vom Verbande ab und gründeten eine sozialistische Partei. Von da ab geriet der Allgemeine Niederländische Arbeiterverband und damit sein Führer Heldt immer mehr ins liberale Fahrwasser, was sich noch mehr zeigte, als 1885 Heldt mit liberaler Hilfe in die Kammer gewählt wurde. Aus seiner Tätigkeit im Parlament ist hervorzuheben, daß Heldt für das allgemeine Wahlrecht dauernd mannhaft gekämpft hat. Er war der einzige Liberale, der 1887 gegen den Verfassungsparagraphen gestimmt hat, der noch immer das allgemeine Wahlrecht verhindert.

Gewerkschaftsbewegung.

Mitgliederrückgang im Verbande katholischer Arbeitervereine (Sitz München-Gladbach). Der „Arbeiter“, Organ der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) teilt in seiner Nummer 3 vom 18. Januar mit, daß sein Nebenbuhler, der München-Gladbacher Verband, der Schützling der „christlichen“ Gewerkvereine, von 204 149 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1912 auf 202 000 im Jahre 1913 sank. Ist der Mitgliederrückgang nur auf die wirtschaftliche Krise zurückzuführen oder tat die Enzyklika im Verborgenen ihre Schuldigkeit? Langsam, aber sicher schwindet die München-Gladbacher Richtung.

Separatistische Schlauheit. Adamek, der frühere Angestellte des Bergarbeiterverbandes, der wegen Beteiligung und Propagierung der neuen separatistischen Organisation vom Vorstand genannten Verbandes seines Amtes entsetzt wurde, spielt die erste Geige im sogenannten Zentral-Polenverband. Doch scheint er dort schon ein Haar in der Suppe gefunden zu haben, oder er versucht gegen den Bergarbeiterverband einen besonderen Trick. Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter erhielt nämlich von Herrn Rechtsanwalt Dr. Seyda in Kattowitz, dem Vertreter Adameks, einen Brief, worin mitgeteilt wird, daß Herr Adamek bereit ist, sein Amt bei den Separatisten niederzulegen. Der Brief ist datiert vom 12. Januar 1914; der in Betracht kommende Passus lautet wörtlich: „Das ihm übertragene Ehrenamt in dem neuen Verbande ist er bereit, falls Sie das wünschen, niederzulegen. Demzufolge hält Herr Adamek seine Ansprüche auf Zahlung von Gehalt für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1914 aufrecht und bitte ich um Erklärung binnen drei Tagen, ob die Ansprüche anerkannt werden.“ Der Verband der Bergarbeiter will aber dem Zentral-Polenverband sein geistiges Oberhaupt nicht entreißen ,er gönnt ihm Herrn Adamek, der ein solcher Idealmensch ist, daß er auf Wunsch sein Amt niederlegen will, wenn er für drei Monate Gehalt bekommt. Was will Adamek mit seiner Forderung bezwecken? Sollen dem polnischen Verbande drei Monate Gehalt erspart werden?

Streik und Aussperrung in Rio de Janeiro. Ein Streik, der einzelne Zweige der Arbeiterschaft im Hafen von Rio umfaßte, hat die Arbeitgeber veranlaßt, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Infolgedessen ist der Betrieb im Hafen lahmgelegt.

Der dritte Krupp-Prozeß.

In der Sonnabend-Sitzung des Krupp-Prozesses vor dem Oberkriegsgericht bemerkte der Angeklagte Zeugleutnant Tilian auf Befragen des Verhandlungsführers, er sei früher in der Feldzeugmeisterei beschäftigt gewesen und habe auf Ersuchen Brandts diesem über Veränderungen in der Bewaffnung, über Neuanschaffungen, Ausschreibung von Lieferungen und über Konkurrenzpreise Mitteilungen gemacht. Er habe nicht geglaubt, etwas Unrechtes zu begehen, da einmal Brandt über alles aufs genaueste unterrichtet war, da er ferner wußte, daß es der Firma Krupp gegenüber ein militärisches Geheimnis nicht gebe und ganz besonders, weil das, was er mitgeteilt habe, im wesentlichen bereits im „Militär-Wochenblatt“ und zum Teil auch in der Tagespresse veröffentlich war. Es sei gesagt worden, ein ausländischer Generalstabsoffizier hätte durch Kenntnis dieser Dinge Schlüsse ziehen können, die einen großen Nachteil für das Reich haben würden. Da dies aber bereits durch die Presse veröffentlicht war, so hätte er keinerlei Bedenken gehabt. Brandt habe ihm oftmals die Zechen bezahlt und ihm auch kleine Darlehen bis zu 30 Mk. gegeben. Er habe es aber keineswegs als Bestechung aufgefaßt, zumal er die Darlehen prompt allmonatlich zurückgezahlt habe. Er habe sich im übrigen auch der Familie Brandt gegenüber, in der er verkehrte, revanchiert durch andere Geschenke.

Der Angeklagte Zeugleutnant Schleuder äußerte sich in ähnlichem Sinne. Er hatte keinerlei Bedenken, dem Brandt Mitteilungen zu machen, da diesem alles bekannt war. Auf Befragen bemerkte der Angeklagte, er sei zu Brandt niemals in Uniform gegangen. Verhandlungsführer: Warum taten Sie das? Angeklagter: Ich ging immer nur abends in die Wohnung des Brandt und das war zur Zeit, als die Arbeiter aus den Fabriken kamen. Man mußte durch den Osten Berlins, da wird man bisweilen gehänselt. Verhandlungsführer: Brandt muß doch ein sehr eigentümlicher Mann gewesen sein, der eine weigert sich, mit Brandt ins Opernhaus zu gehen, der andere, mit Brandt in Uniform zu verkehren. Angeklagter: Ich habe es für bequemer gehalten, in Zivilkleidung zu Brandt zu gehen.

Der Angeklagte Zeuleutnant Hinst bekundet ebenfalls, daß er keine Bedenken getragen habe, dem Brandt Mitteilungen zu machen, zumal seine Vorgänger dies getan hatten. Er gebe ebenso wie die anderen zu, daß er gegen den militärischen Gehorsam gefehlt habe; es habe ihm aber ferngelegen, irgend etwas zu verraten, was das Reich schädigen könne. Brandt habe ihm die Versicherung gegeben, daß die mitgeteilten Konkurrenzpreise niemals zur Erhöhung, sondern im Gegenteil zur Herabsetzung der Preise der Firma Krupp Veranlassung gäben. Im übrigen war das, was er mitgeteilt habe, ziemlich belanglos, da die Preise sich auf die Lieferungen bezogen, die nicht mehr weiter ausgeschrieben wurden. Verhandlungsführer: Es ist festgestellt, daß Brandt an Zechen für Sie 150 Mark und an barem Gelde 250 Mark bezahlt hat. Angeklagter: Das weiß ich nicht mehr genau; ich muß jedoch bemerken, daß ich zurzeit geometrische Berechnungen für das Reichs-Kolonialamt gemacht und dafür 6—7 Mk. täglich extra verdient habe. Brandt war dies bekannt und deshalb sagte er ,er müsse mich für die für ihn aufgewendete Zeit entschädigen. Ich habe die Zechenbezahlung nicht als Bestechung aufgefaßt, sondern daß ein älterer, gutsituierter ehemaliger Kamerad die Zeche bezahlt, das ist allgemein üblich. Im übrigen hätte ich einer anderen Firma diese Mitteilungen nicht gemacht. Es sind mehrere Firmen an mich in gleicher Weise wie Brandt herangetreten; ich habe es aber stets abgelehnt, auf Verbindungen einzugehen. Verhandlungsführer: Die Kornwalzer, die Sie geliefert haben, sollen von außergewöhnlicher Bedeutung gewesen sein. Wollen Sie deshalb nicht die anderen Firmen, die Sie um Mitteilungen angegangen sind, nennen. Angeklagter: Das kann ich vorläufig nicht tun. Ich will mit Bekannten darüber sprechen und werde darüber vielleicht am Montag Auskunft geben.

Angeklagter Tilian: Ich bemerke, daß an mich ebenfalls andere Firmen mehrfach herangetreten sind, ich habe aber stets jede Mitteilung abgelehnt. Ich will jedoch eine Firma nennen, es ist die Firma Witten. Wer ihr Vertreter war, kann ich nicht sagen; es war ein älterer Herr, der eines Tages auf dem Korridor an mich herantrat, und mich um die Konstruktion von Geschossen befragte. Ich habe das sofort abgelehnt.

Es erscheint darauf Frau Brandt als Zeugin. Diese bekundet, ihr Mann sei augenblicklich im Sanatorium, er werde aber wohl als Zeuge erscheinen. Sie habe niemals die Auffassung gehabt, daß das, was ihr Mann den Angeklagten gegeben habe, Bestechungsgelder gewesen seien. Ganz besonders sei dies nicht der Fall gewesen bei dem Angeklagten Pfeiffer, mit dem ihr Mann in freundschaftlichster Weise verkehrt habe und der gewissermaßen sein Jugendfreund gewesen sei. — Auf Befragen der Verteidigung erklärt die Zeugin noch, einige der Angeklagten seien nach ihrer Entlassung einmal in ihrer (Brandts) Wohnung gewesen; sie hätten aber keinerlei Beeinflussungsversuche gemacht.

Polizeirat Koch vom Berliner Polizeipräsidium berichtet über die von seinen Beamten gemachten Beobachtungen. Auf die Frage eines Beisitzers, ob etwas über die Gespräche belauscht worden sei, bemerkt der Zeuge, das sei nicht der Fall. Die Zusammenkünfte hätten zumeist im „Habsburger Hof“ stattgefunden und die Gespräche seien geheim geführt worden. An einigen der Zusammenkünfte soll auch ein Mann namens Wietzenbach als Vertreter der argentinischen Republik teilgenommen haben. — Der Verhandlungsführer bedeutet dem Zeugen, daß er nicht direkt etwas behaupten dürfe, das er nicht selbst wahrgenommen habe; er könne doch nicht wissen, ob seine Beamten ihn richtig berichtet haben. — Zeuge: Wenn die Richtigkeit seiner Aussagen bezweifelt wird ,so müsse er bitten, daß seine Beamten vernommen werden.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich dann darüber, ob Brandt sofort als seine Quelle den Angeklagten Pfeiffer genannt habe. — Polizeirat Koch: Brandt hat auf die Frage, ob er seine Nachrichten aus dem Kriegsministerium erhalten habe, zunächst keinen Namen nennen wollen; als ihm aber gesagt wurde, er sei vielfach mit Pfeiffer beobachtet worden, hat Brandt zugegeben, seine Nachrichten von Pfeiffer erhalten zu haben. — Verteidiger Justizrat Dr. Bernau widerspricht dieser Aussage und beruft sich auf das Zeugnis des Rechtsanwalts Grasso und reicht auch seine stenographischen Notizen ein, nach welchen der Polizeirat Koch in der Verhandlung vor der ersten Instanz ausgesagt hat, Brandt habe nicht sofort den Namen Pfeiffer genannt. — Polizeirat Koch: Jedenfalls hat die Untersuchung nichts ergeben für die Annahme, daß Brandt noch von anderen Beamten des Kriegsministeriums Berichte erhalten hat. Beisitzer Oberstleutnant Buddecke: Ist es möglich, daß noch ein anderer Offizier aus dem Kriegsministerium mit Brandt Verkehr gehabt hat? — Zeuge Koch: Die Möglichkeit ist allerdings nicht ausgeschlossen. Jedenfalls hat aber Brandt seine Gewährsmänner, die sämtlichen Angeklagten, mit Ausnahme von Dröse und Linke, genannt. — Verhandlungsführer: Wie kam man dann auf Dröse und Linke? — Zeuge: Durch die bei der Haussuchung in der Wohnung Brandts aufgefundenen Schriftstücke.

Der Verhandlungsführer läßt hierauf den Sitzungssaal räumen, da auf Beschluß des Gerichts bei der nunmehr folgenden Beratung der „Kornwalzer“ „wegen Gefährdung der Staatssicherheit und der militärischen Interessen“ die Oeffentlichkeit ausgeschlossen wird.

Die öffentliche Beratung wird Montag vormittag fortgesetzt.

Russische Polizeipraktiken in Köln.

Im Prozeß gegen unser Kölner Parteiblatt wurde am Sonnabend das Urteil gefällt.

Zu Beginn der Sitzung wendete sich der Polizeipräsident in längeren Ausführungen gegen die von der „Köln. Ztg.“ an der Kölner Polizei geübten Kritik. Er werde gegen die bloßgestellten Beamten sofort das Disziplinarverfahren beantragen.

Der Angeklagte und der Staatsanwalt verzichteten auf das Wort.

Nach nur einviertelstündiger Beratung wurde das Urteil verkündet: Der Angeklagte wird zu einer Geldstrafe von 500 Mark und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

* * *

In der Urteilsbegründung heißt es: Der Artikel enthält scharfe Ausdrücke, die als der Vorwurf der Bestechlichkeit angesehen werden müßten. Dem Angeklagten ist es nicht gelungen, in allen Fällen das Behauptete zu beweisen, wenn auch vielfach schwere Pflichtwidrigkeiten vorlägen. (Der Vorsitzende zählt sie im einzelnen auf.) Der Beweis der Wahrheit sei nicht voll erbracht worden. Dem Angeklagten käme der Schutz des § 193 zugute, da er in dem Bestreben nach Beseitigung von Mißständen gehandelt habe. Aber Straflosigkeit könne er nicht beanspruchen, da er in der Form weit über das erlaubte Maß hinausgegangen sei. In seinem an sich billigenswerten Bestreben habe er die Wahrung der berechtigten Interessen überschritten. Gewiß stehe der Presse das Recht zu öffentliche Mißstände zu kritisieren, aber das habe seine Schranke an der Ehre der Angegriffenen. — Der Angeklagte, Genosse Sollmann, wurde beim Verlassen des Gerichtssaales von einer dichtgedrängten Menschenmenge lebhaft begrüßt.

Die Konservativen sind über die im Kölner Prozeß aufgedeckten Praktiken der „nächstberufenen Hüter der staatlichen Ordnung und Autorität“ nicht erbaut. Betrübt bis in den Tod schreibt die „Post“: „Für die Kölner Polizeibehörde bildete dieser Prozeß kein Ruhmesblatt. Man wird gut tun, aus seinem Ergebnis dort und anderwärts die dringlichen Lehren zu ziehen, damit mit aller Tatkraft Mißständen vorgebeugt werde, die wahrlich nicht dazu angetan sind, das Ansehen der Polizei in den Augen der Bürgerschaft zu heben.“

Scharfe Worte der Kritik findet das „Berl. Tageblatt“ gegen die Kölner Vorkommnisse. Es sagt am Schluß eines Leitartikels: „Man soll mit dem Wort „Panama“ nicht freigebig sein, aber hier ist es wirklich einmal am Platze. Denn Kommissare und Inspektoren einer königlichen Polizei, das sind doch wohl in der Regel Leute, die aus dem Offizierstande hervorgegangen sind! Auf sie lassen sich die mildernden Umstände kaum anwenden, die eine gesinnungstüchtige Presse für die Feldwebel und Zeugleutnants in Anspruch nahm, denen Angestellte der Firma Krupp mit Bier und Butterbrot die Zunge gelöst hatten . . . Wer es für richtig hält, daß die Staatsgewalt zuerst die Aufdeckung schwerer moralischer Schäden strafrechtlich verfolgt, bevor sie sich auf die Schäden selbst einläßt, der mag darin ja wohl „mildernde Umstände“ entdecken und für eine

seit Jahrzehnten eingebürgerte Korruption schließlich auch das preußische Bürgerrecht in Anspruch nehmen. Wer es dagegen nicht nötig hat, die unverfälschte Echtheit seiner preußischen Gesinnung zweimal täglich zu beteuern, der wird mit ehrlichem Bedauern und mit begründeter Sorge bekennen müssen: der preußische Dreiklassenstaat ist krank, schwerkrank. Für diese Krankheit ist der Kölner Wartelskandal eins der bösesten Symptome, die je zutage getreten sind."

Die „Köln. Zeitung" erfährt von zuständiger Stelle, daß von dem Regierungspräsidenten gegen die in Köln angestellten Polizeiinspektoren Votsch, Landschulz und Eiben das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amte und die sofortige Amtssuspension verfügt worden ist. Über die gegen den Polizeiinspektor Kautz zu ergreifenden Maßnahmen werde der Regierungspräsident in Hannover befinden.

Soziales.

Ungültige Krankenkassenwahl in Karlsruhe i. B. Eine arge Enttäuschung erlebten die Christlichen in Karlsruhe mit einem Wahlprotest. Nachdem sie bei den Wahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse eine schmähliche Niederlage erlitten hatten, versuchten sie ihr Glück auf andere Weise. Sie erhoben gegen die Wahl Protest und beantragten, die Stimmzettel des freien Gewerkschaftskartells für ungültig zu erklären, da diese kenntlich seien. Das Versicherungsamt erkannte den Einwand als berechtigt an, es besah sich aber auch die Stimmzettel der Christlichen und der übrigen Gegner und entdeckte, daß auch diesen Zetteln dieselben Mängel anhafteten wie jenen des Gewerkschaftskartells. Es erklärte deshalb die ganze Wahl für ungültig. Die Christlichen sind ob dieses „Erfolges" ihres Protestes sehr enttäuscht, sie hofften, mit ihrem Einspruch auf leichte Art, hinterrücks, das zu erreichen, was ihnen im offenen Wahlkampfe nicht gelungen war und was ihnen auch im zweiten Wahlgange nicht gelingen wird.

Jedes Jahr eine Milliarde neues Industriekapital! Selbstverständlich wird das Kapitalsbedürfnis und das Vergnügen an Neugründungen in der deutschen Industrie durch die Konjunkturverhältnisse beeinflußt, trotzdem schluckt Deutschlands Industrie alljährlich über eine Milliarde neues Geld, auch in den allerschlechtesten Zeiten. Genaueres zeigt die folgende kleine Zusammenstellung über die Neugründungen und Kapitalserhöhungen in der deutschen Industrie seit 1909:

1909	1 133 994 000	Mark
1910	1 240 057 000	„
1911	1 194 128 000	„
1912	1 359 620 000	„
1913	1 118 370 000	„

Diese alljährlich der Industrie und dem Handel neu zufließenden Milliarden verlangen nicht nur Verzinsung, sie wird auch stets erreicht! Millionen fleißiger Hände regen sich tagaus, tagein, um den Zustrom des Geldes — nicht verfliegen zu lassen, weil er sich dorthin wendet, wo ihm Verzinsung, Rentabilität gewährleistet erscheint!

Zum Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen. Zu der Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers", daß nunmehr im allgemeinen die im Reichsamt des Innern gepflogenen Verhandlungen nicht zur Grundlage des neuen Vertragsabschlusses dienen, daß vielmehr hierfür in allernächster Zeit neue Verhandlungen eingeleitet werden dürften, wird der „Leipziger Volkszeitung" auf Grund an wohlunterrichteter Stelle eingezogener Erkundigungen geschrieben: Die Nachricht des „Berliner Lokal-Anzeigers" ist mindestens verfrüht. Am letzten Sonntag haben die Vertrauensmänner der ärztlichen Organisation beschlossen, zu erklären, daß durch das Verhalten der Breslauer und anderer Kassen das ganze Berliner Abkommen in Frage gestellt werde. Darauf haben in Breslau neue Verhandlungen, aber ohne positives Ergebnis stattgefunden. Der Verlauf der Breslauer Verhandlungen hat bewiesen, daß das Berliner Abkommen unzureichend ist. Deshalb werden nunmehr neue Verhandlungen zur Ergänzung des Abkommens nötig. Von dem Ergebnis dieser in Berlin stattzufindenden Verhandlungen wird es abhängig sein, ob das Berliner Abkommen noch weiter als Basis des Verständigungsabkommens angesehen werden kann oder ob der Kampf unter Rücktritt von den bereits geschlossenen Verträgen auf der ganzen Linie entbrennt. Den Stein des Anstoßes bilden vor allem die Weigerung der Breslauer und anderer Kassen, den 5-Pfennig-Beitrag zu den Kosten der Abschiebung der ärztlichen Streikbrecher zu übernehmen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Submissionskartell verstößt nicht gegen die guten Sitten. Das Reichsgericht gibt neuerdings wieder ein drastisches Beispiel dafür, wie sich die Moral im Wandel der Zeiten durch die Produktionsweise ändert. Es handelte sich um die Frage, ob eine von den Gewerbetreibenden als „Schutzabkommen" bezeichnete Vereinbarung, nach der bei öffentlichen Verdingungen der schützende Teil sich verpflichtet, eine höhere Preisforderung zu stellen als der zu schützende, damit unter regelmäßigen Verhältnissen dieser den Zuschlag vor dem schützenden erhalte, gegen die guten Sitten verstoße. Das Reichsgericht führte hierüber, wie wir der „Köln. Ztg." entnehmen, u. a. folgendes aus: „Möge das Abkommen zwischen den Parteien der Gesinnung eines Mannes von vornehmer Denkart widerstreben, so darf doch bei der Prüfung, ob es dem Anstandsgefühl eines gerecht und billig denkenden Menschen zuwiderlaufe, wie es als gute Sitte namentlich unter den Berufs- und Klassengenossen der Parteien (Gewerbetreibenden) herrscht, nicht aus den Augen verloren werden, wie die Verabredungen zum gegenseitigen „Schutz" bei öffentlichen Verdingungen entstanden seien. Dann wird näher dargelegt, wie die Schutzkonkurrenz so üppige Blüten treibt. Das sei den Gemeinden und sonstigen Submittenten bekannt, so daß das Schutzabkommen eine Täuschung nicht bedeuten könne. Aber möge dem sein, wie ihm wolle, jedenfalls seien diese der wirtschaftlichen Not und dem Selbsterhaltungstrieb entsprungenen Schutzvereinigungen in solange nicht als sittlich verwerflich anzusehen, als die etwaige Täuschung nicht als ein Mittel benutzt werde, um zum Schaden des Verdingenden unangemessene Preise durchzusetzen. Werde ein Werk nur im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben, so bleibe, wie die Verhältnisse sich tatsächlich entwickelt hätten, den Bewerbern, die die Zerrüttung ihres Gewerbes durch ein einsichts- und schrankenloses gegenseitiges Unterbieten hintanhalten wollten, nicht viel anderes übrig als sich vorher über die Preisgebote zu verständigen. Neben dem Streben des Verdingenden, zu möglichst niedrigem Preise die Werklieferung zu erhalten, sei eben auch das des Unternehmers nach einem auskömmlichen Lohn für seine Leistung zu berücksichtigen."

Rekrutenmißhandlungen beim Gardetrainbataillon. In der Berufungsinstanz vor dem Oberkriegsgericht des Garde Corps fanden die zahlreichen Rekrutenmißhandlungen beim Gardetrainbataillon ein Nachspiel. Unter der Anklage zahlreicher Mißhandlungen, Beleidigungen und vorschriftswidrigen Behandlungen hatte sich der Unteroffizier Hoffmann zu verantworten. Im ganzen wurden 31 Fälle von Mißhandlungen und 39 Fälle von vorschriftswidriger Behandlung angeklagt. Die Mißhandlungen greifen bis auf das Jahr 1912 zurück. Ein anonymer Brief, der an den Bataillonskommandeur gerichtet worden war, sollte die Vorgesetzten von den Mißhandlungen in Kenntnis setzen. Der Angeschuldigte pflegte die Untergebenen bei dem Früh- und Mittagsdienst zu peinigen. Dabei trat gar oft der Reitstock in Funktion. Der Rekrut Sustrate wurde von dem Angeklagten in einer Reihe von Fällen mißhandelt. Wiederholt wurde er mit dem Reitstock geschlagen. Auch wurde S. mit Ohrfeigen traktiert. Der Angeklagte ließ die Leute auch gern mit gefülltem Haferkorb in die Kniebeuge auf- und abgehen. Einer der Untergebenen mußte auch mit dem Mistkasten in den vorgestreckten Armen in die Kniebeuge gehen, bis ihm schließlich die Arme zitterten. Hoffmann verschmähte es auch nicht, die Untergebenen durch Fußtritte zu „erziehen". Ferner trat der Rohrstock in Aktion. Bei einer Gelegenheit ließ H. einen Rekruten so lange in die Kniebeuge gehen, bis dieser nicht mehr konnte. Als dieser außer Atem war, rief er ihm zu: „Willst Du wohl die Fresse zumachen!" Die Fahrerpeitsche wurde bei den Mißhandlungen gleichfalls in Anwendung gebracht. U. a. versetzte er einmal einem Rekruten mit den Worten: „Bist Du Aas noch nicht aus dem Stall!" einen heftigen Schlag mit der Peitsche ins Gesäß. Wenn die Leute die Pferde schlecht putzten, mußten sie in die Kniebeuge gehen. Einer der Mißhandelten bekam dabei einen Schwindelanfall. Den Rekruten Terhorn, der dem Angeklagten nicht ein Bücherbrett angefertigt hatte, weil ihm dies vom Feldwebel verboten war, nahm sich H. besonders vor. Er mußte fortwährend in die Kniebeuge gehen und den gefüllten Mistkasten so lange in den ausgestreckten Armen halten, bis er zitterte. Ein besonders roher Fall von Mißhandlung wurde gegenüber dem Rekruten Sauerzack festgestellt. Er erhielt von H. einen so heftigen Fußtritt gegen die Leistengegend, daß er noch acht Tage später beim Reiten die Folgen spürte. Auch ließ der Angeklagte die Leute Eimer mit Wasser in den ausgestreckten Armen halten, bis sie schwankten. Das Oberkriegsgericht erkannte neben einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und drei Tagen auch auf Degradation.

Giftmordprozeß. Die ausgedehnte Verhandlung vor dem Schwurgericht zu Frankfurt a. M. gegen den Chemiker Hopf wurde Sonnabend zu Ende geführt. Wie die Verhandlungen ergaben, hatte der Angeklagte eine Menge verschiedener, schwerer Bazillenkulturen sich angeschafft. Die Kulturen bewahrte er ohne jede Sicherheitsmaßregel auf, so daß leicht Frankfurt hätte verseucht und angesteckt werden können. Gift, insbesondere Arsen, auch Typhusbazillen, brachte der Angeklagte seinen drei Frauen, seinem außerehelichen und dem Kinde seiner zweiten Frau bei, um sie ums Leben zu bringen. Ob er auch seinem Vater und seiner Mutter Gift oder Bazillenkulturen in mörderischer Absicht beigebracht hatte, wurde nicht völlig aufgeklärt. Das Motiv zu den scheußlichen Verbrechen des Angeklagten war Habsucht. Die Frauen hatte er hoch versichert. Der Staatsanwalt beantragte, die Frage auf Mord an der Mutter, an der ersten Frau und den beiden Kindern, die Frage auf Mordversuch an dem Vater und an der zweiten und dritten Frau zu bejahen. Die Geschworenen sprachen den gewissenlosen Verbrecher, unter Verneinung der bezüglich der Eltern gestellten Schuldfragen, schuldig des Mordes an seiner ersten Frau und des Mordversuchs an den beiden Kindern und an der zweiten und dritten Frau. Das Urteil lautete auf Todesstrafe und 15 Jahre Zuchthaus.

Der beleidigte Oberst. Wegen öffentlicher Beleidigung des Obersten Hoch, Kommandeurs des 4. Infanterieregiments Nr. 103 in Bautzen, verhandelte die Strafkammer dort gegen den Elfenbeinbildhauer August Richard Lange aus Bautzen. Der Oberst trat am 27. November vorigen Jahres auf dem Bahnhof zu Bautzen, als er früh im Jagdanzug eine Reise nach Sohland an der Spree antrat, in den Wartesaal 3. Klasse und traf dort den nicht beurlaubten Vizefeldwebel Zielke im Kreise von zechenden Zivilisten. Er fragte ihn, ob er beurlaubt sei. Die Handlungsweise des sich dann wieder entfernenden Obersten wurde so laut kritisiert, daß der Oberst noch einmal aus dem Wartesaal 2. Klasse heraustrat und den ihm entgegenkommenden Lange fragte: „Wer hat meine Person zu kritisieren?" Der Angeklagte, ein Mitglied des Militärvereins ehemaliger 103er, sagte zu dem Obersten: „Brüllen Sie mich nicht so an, Sie haben meinen Feldwebel beleidigt. Ihm haben Sie nichts zu sagen." Der Angeklagte, der die Nacht vor dem Vorfall durchgezecht hatte, und nach den Angaben einiger Zeugen betrunken gewesen ist, erklärte, er habe nicht gewußt und nicht bemerkt, daß er dem Oberst gegenüberstehe. Der Oberst habe ihm entgegnet: „Sind Sie verrückt? Wenn Sie Soldat wären, würde ich Sie arretieren! Sie Lümmel." Diese Aeußerung wurde von den Bildhauern Schneider und Bär bestätigt, von dem Oberst aber bestritten. Der Angeklagte erklärte dem Oberst schließlich: „Wenn ich satisfaktionsfähig wäre, würde ich Ihnen ein paar runterhauen", und wiederholte die Drohung mit Ohrfeigen im Laufe der Auseinandersetzung. Die Strafkammer erkannte gegen Lange auf fünf Monate Gefängnis. — Der Oberst Reuter, der einen wehrlosen Zivilisten „Lump" schimpfte, blieb straflos. Der Zivilist, der einen Oberst, wenn er auch statt der Uniform Jagdanzug trägt, beleidigt, erhält fünf Monate. — Eine spätere Meldung aus Bautzen besagt: In dem Beleidigungsprozeß des Obersten Hoch, des Kommandeurs des Infanterie-Regiments Nr. 103 in Bautzen, in dem der Elfenbeinbildhauer August Lange zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, sind jetzt zwei Verhaftungen vorgenommen worden. Auf Veranlassung der Bautzener Staatsanwaltschaft wurden die Zeugen Schneider und Bär wegen Meineidverdachts verhaftet.

Aus Nah und Fern.

Ein ungetreuer Postassistent. Vor Weihnachten kam auf dem Postamt in Stendal ein 50 000 Mark enthaltender Wertbrief abhanden. Der Verdacht lenkte sich auf einen aus Dessau stammenden beim Postamt in Stendal beschäftigten Postassistenten. Der Untersuchungsrichter des Landgerichts Stendal nahm bei der in Dessau wohnenden Mutter des Verdächtigen eine Haussuchung vor. Die Spuren führten nach Bitterfeld zu Verwandten des Postbeamten. Der Untersuchungsrichter fuhr darauf dorthin und nahm eingehende Recherchen vor. Das Resultat war, daß man das Geld bis auf einen geringen Rest wiederfand. Der Postassistent wurde sofort verhaftet.

Schreckenstat einer Wahnsinnigen. In der Kolonie der Gewerkschaft „Friedrich der Große" wurde die Frau des Bergmanns Schittkowski plötzlich vom Wahnsinn befallen. Sie sprang auf, ergriff ihr sieben Wochen altes Kind und schleuderte es solange an die Wand, bis es tot war. Den dreijährigen Sohn hätte dasselbe Schicksal ereilt, wenn nicht im letzten Augenblick der Vater hinzugekommen wäre.

Offiziere unter sich. Aus Krakau wird berichtet: Nach einer Feier in der Wohnung des Artilleriehauptmannes Hausmann wurde dieser von dem Oberleutnant Ziegler beleidigt. Der Hauptmann rief darauf seinen Burschen ins Zimmer und drückte ihm einen Revolver in die Hand mit dem Befehl, den Oberleutnant niederzuschießen, was der Bursche tat. Der Getroffene war sofort tot. Der Hauptmann und sein Bursche sind verhaftet worden.

Die Vulkankatastrophe in Japan. Auf der Vulkaninsel Sakuraschima sind 33 Personen noch lebend aufgefunden worden, sie saßen in einer Felsenhöhle, eng aneinander gedrückt. Matrosen der zur Hilfeleistung eingetroffenen Schiffe wateten knietief durch die Asche, um die Höhle zu erreichen.

Russische Richter. Einen Einblick in die unglaubliche Korruption der russischen Beamtenschaft wird wieder einmal ein Prozeß gegen mehrere Richter aus Baku bringen. Der Prozeß richtete sich gegen den Richter Belajew und einige seiner Kollegen, die es fertig bekommen haben, 800 000 Rubel Gerichts- und Waisengelder zu veruntreuen. Die Hüter des Rechts haben bei ihren Unterschleifen schwere Urkundenfälschungen und sonstige Betrügereien verübt.

Zum Untergang des englischen Unterseebootes. Alle Bemühungen, das gesunkene englische Unterseeboot A 7 zu heben, sind bisher ergebnislos gewesen. Am Freitag abend gegen 9 Uhr mußten die Rettungsarbeiten eingestellt werden und sollten Sonnabend früh wieder aufgenommen werden. Von einem Schiffe des Uebungsgeschwaders wurde an der Unfallstelle eine Boje gelegt. Der in der Nacht zum Sonnabend einsetzende hohe Wellengang hat das Erkennungszeichen fortgespült, so daß die Rettungsmannschaften die Stelle, an der das Boot gesunken ist, nicht wiederfinden konnten. Alle Bemühungen, die Unglücksstelle wieder zu bestimmen, sind vergeblich gewesen. Selbst wenn man jetzt die Lage des gesunkenen Bootes feststellt, ist an eine Rettung der dreizehn mit dem Boote Verunglückten nicht mehr zu denken. Die Unglücklichen müssen sämtlich erstickt sein.

Der Hungertod. Aus Rom wird geschrieben: Dieser Tage hat man hier in einem Winkel unter einer Treppe eine alte Bettlerin im Zustande großer Erschöpfung aufgefunden. Ehe man der Siebzigjährigen Beistand leisten konnte, starb sie. Der Arzt stellte fest, daß sie an Hunger und Kälte gestorben war. Die Alte, die täglich auf der Straße bettelte, pflegte unter der Treppe auf einem Stuhl zu schlafen: ein Bett, oder auch nur eine Stätte, wo sie ihre alten Glieder hätte ausstrecken können, hatte die Siebzigjährige nicht. In der Stadt der zahllosen Kirchen, in Rom, das bei wenig mehr als ½ Million Einwohner beinahe 4000 Automobile zählt, hat man die alte Bettlerin buchstäblich Hungers sterben lassen! Und das in diesen Festtagen, wo ein Wohltätigkeitstango den andern drängt!

Bettler und Millionär. Ein merkwürdiges Doppelleben hat ein in Neuyork sehr bekannter Millionär geführt. In einem Neuyorker Krankenhaus verstarb ein Bettler namens William Smith, der vor wenigen Tagen dort eingeliefert worden war. Als man seinen Nachlaß näher untersuchte, fand man unter den Papieren des Verstorbenen ein mit Duddly Jardine unterzeichnetes Testament, in dem die letztwilligen Verfügungen über ein eine Million Dollar betragendes Vermögen getroffen waren. Die polizeilichen Nachforschungen haben nun ergeben, daß Smith und Jardine tatsächlich ein und dieselbe Person sind. Welche Gründe den Millionär zu seinem Doppelleben veranlaßt haben, ist noch nicht aufgeklärt. Man weiß nur, daß Jardine schon lange Zeit als Bettler durch Neuyork zog und auch in einem elenden schmutzigen Zimmer, für das er einen Dollar pro Woche zahlte, wohnte. Auch als Bettler Smith hat sich Jardine verheiratet, und mit seiner Frau zusammengelebt. Ja, der Ehe sind zwei Kinder entsprossen, ohne daß Jardine jemals seine Frau darüber aufgeklärt hätte, daß er Millionär sei.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gelangte Sonntag abend Shakespeares „Kaufmann von Venedig" mit Schildkraut als Shylock zur Aufführung. Der Künstler hat diese Rolle hier schon einmal, und zwar unter Feldhusen in der Stadthalle, gespielt. Damals vor leeren Bänken, gestern vor dicht besetztem Hause. Inzwischen ist Schildkraut allerdings in Amerika gewesen, die Zeitungen haben über seine vor kurzem in Berlin erfolgte versehentliche Verhaftung berichtet, dies und noch anderes mag dazu beigetragen haben, das Publikum neugierig zu machen und zum Theaterbesuch zu bewegen. Niemand wird es bereut haben, wenn er auch anstatt einer Sensation mit einem hohen Kunstgenuß fürlieb nehmen mußte. In dem Shylock Schildkrauts lebte und loderte der Haß eines unterdrückten Volkes gegen seine Widersacher; dieser habgierige Jude, der auf eine von ihm ausgeliehene große Summe verzichtet, um seinen Rachedurst gegen den zu stillen, der ihn als Hund behandelte und anspie, war in allen Fasern seiner Seele von überzeugender Wahrheit. Die Gerichtsszene ist hier, soweit es sich um Shylock handelt, noch nie fesselnder und erschütternder gespielt worden, als gestern. Die Musterleistung Schildkrauts fand auch beim Publikum verdiente Würdigung. Zu dem Gelingen der Vorstellung trugen Frl. Pflegl als liebenswerte Portia, Frl. Hüppeden als drolliger Lanzelot und Herr Brunow als Kaufmann neben dem Gast in erster Linie bei. Herr Dr. Drach würde weit mehr interessieren, als er es gegenwärtig vermag, wenn er auch einmal einen anderen Tonfall und Wesenszug in seine Darbietungen hineinlegen könnte; so ist er im Grunde immer derselbe, ob man ihn als Fedja, Bassanio oder in anderen Rollen sieht. P. L.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. Januar.

Auftrieb 1920 Schweine. Markt langsam geräumt.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 63,— bis 64,— (50,50 bis 51,—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 63,— bis 64,— (50,50 bis 51,—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65,— bis 65,50 (50,50 bis 51,—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65,— bis 65,50 (50,50 bis 51,—), geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 64,— (45,50 bis 48,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 60,— bis 61,— (48,— bis 49,—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 56,— bis 58,— (43,50 bis 45,00) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.